

Jonas Buche

Die Europäisierung von Parteien
und Parteiensystemen -
Eine Analyse am Beispiel Schwedens vom
Beitritt zur EU 1995 bis zur Reichstagswahl 2006



FÖV 62
Discussion Papers

ISSN 1868-971X (Print)
ISSN 1868-9728 (Internet)

Jonas Buche

Die Europäisierung von Parteien und
Parteiensystemen -
Eine Analyse am Beispiel Schwedens vom
Beitritt zur EU 1995 bis zur Reichstagswahl 2006

FÖV 62
Discussion Papers

Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer

2010

Gefördert durch die Bundesrepublik Deutschland

Nicht im Buchhandel erhältlich

Schutzgebühr: € 5,-

Bezug: Deutsches Forschungsinstitut
für öffentliche Verwaltung Speyer
Postfach 14 09
67324 Speyer

<http://www.foev-speyer.de>

ISSN 1868-971X (Print)

ISSN 1868-9728 (Internet)

Jonas Buche, M.A.

Forschungsreferent im Projekt „Rollenzuschreibungen, Heuristiken und Interaktionsmuster von Ministerialbürokratien, Regierungsmitgliedern und Abgeordneten in europäisierten Fachpolitiken“ unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Sabine Kropp am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung und Fragestellung	1
2.	Europäisierung von Parteiensystemen	4
2.1	Direkte und indirekte Einflüsse	4
2.2	Abwesenheit eines genuin europäischen Parteiensystems	6
2.3	Entpolitisierung Europas	7
2.4	Institutionalisierung und Penetration	7
3.	Europäisierung von Parteien	13
3.1	Europäisierung anhand der Strukturen von Parteienkonkurrenz	14
3.1.1	Vorgehen und Operationalisierung	15
3.1.2	Einordnung der Parteipositionen gegenüber Europa	17
3.1.3	Einfluss der europäischen Konfliktlinie auf Wahlen	20
3.2	Europäisierung anhand innerparteilicher Organisation ...	24
3.2.1	Vorgehen und Operationalisierung	26
3.2.2	Ansätze zur Analyse organisatorischer Veränderungen	27
3.2.3	Beziehungen zwischen den Parteien und ihren MEPs	31
3.3	Europäisierung anhand des Verhältnisses zur eigenen Regierung	33
3.3.1	Vorgehen und Operationalisierung	34
3.3.2	Machtkonzentration Perssons ohne „EU-Effekt“	35
3.3.3	Machtkonzentration Perssons aufgrund des „EU-Effekts“	37
4.	Fazit und Ausblick	41
	Literaturverzeichnis	47
	Anhang	57

1. Einleitung und Fragestellung

Politische Parteien nehmen in modernen parlamentarischen Demokratien eine zentrale Stellung im politischen Prozess ein. Aus dieser resultiert eine Vielzahl von Aufgaben und Funktionen wie z.B. die Artikulation von Interessen, die Rekrutierung und Ausbildung geeigneten politischen Personals, die Kontrolle desselben und die Möglichkeit der Partizipation am politischen Prozess für alle Bürgerinnen und Bürger – gleichsam das Fungieren als Verbindungsglied zwischen dem Volk und den Repräsentanten.

Diese Funktionen und Einflussmöglichkeiten von Parteien beschränken sich im klassischen Verständnis auf die Ebene von Nationalstaaten. Was aber, wenn sich die äußeren Rahmenbedingungen von parlamentarischen Demokratien verändern und die nationalen Organe nicht mehr die höchste politische Autorität bilden? So stellt sich die Situation in der Europäischen Union (EU) heute in einzelnen Politikbereichen dar. Dies lässt sich anhand der Kompetenzverteilung zwischen europäischen und den durch Parteien besetzten nationalstaatlichen Institutionen zeigen. Für die Legislative besteht seit den Grundsatzentscheidungen des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften in den Jahren 1963 und 1964¹ die formale Eigenständigkeit des europäischen Gemeinschaftsrechts sowie dessen Vorrang vor nationalem Recht (Kapsis 2007: 196 f.). Ähnliches gilt für die Exekutive, die sich seit der Einheitlichen Europäischen Akte aus dem Jahr 1986 einer wachsenden Anzahl von Politikbereichen gegenüber sieht, in denen der Rat der Europäischen Union mit qualifizierter Mehrheit entscheiden kann (Phinmore 2007: 32 f.).

Daraus ergeben sich drängende Fragen über die Aufrechterhaltung der Funktionen von Parteien. Wie soll ein Minister für Entscheidungen des Rates verantwortlich gemacht werden, bei denen er für seine Position keine Mehrheit finden konnte und von seinen Kollegen über-

1 In der Entscheidung des Verfahrens „van Gend & Loos gegen Niederländische Finanzverwaltung“ vom 05.02.1963 wurde die europäische Gesetzgebung für die Mitgliedsstaaten bindend. Der absolute Vorrang von Gemeinschaftsrecht vor nationalem Recht wurde in der Entscheidung „Costa gegen E.N.E.L.“ vom 15.07.1964 durchgesetzt (Kapsis 2007: 196 f.).

stimmt worden ist? Wie sollen desgleichen Parlamentarier zur Rechenschaft gezogen werden, wenn eine außerstaatlich getroffene Entscheidung in das nationale Recht übernommen werden muss? Bieten nationale Parteien überhaupt noch eine Möglichkeit, Interessen effektiv zu vertreten? Welchen Einfluss haben diese Entwicklungen auf den Parteienwettbewerb? Verändern sich die Themen im Konkurrenzkampf um Wählerstimmen? Können vielleicht auch einzelne Mitglieder die europäischen Strukturen nutzen, um sich einen innerparteilichen Machtvorteil zu verschaffen? Kurzum, können Parteien die ihnen zugeschriebenen Funktionen in einer europäisch dominierten Umwelt weiterhin ausfüllen?

Zusammengefasst stellt sich die Frage nach der Europäisierung², also den Rückwirkungen der Europäischen Integration auf die nationalstaatlichen Parteien und Parteiensysteme.

Die vorliegende Untersuchung konzentriert sich auf das Parteiensystem und die Parteien Schwedens. Die traditionelle Neutralitätspolitik des nordeuropäischen Landes hat mit dem Beitritt zur Europäischen Union 1995 eine deutliche Trendwende vollzogen, die aus Sicht der schwedischen Bevölkerung mit einem Verlust der Unabhängigkeit gleichgesetzt worden ist (Huldt 1996: 22). Dies führte zu einer tiefen Spaltung der Gesellschaft, welche auch die Parteien erreichte. War Schweden zum Zeitpunkt des Beitritts von einer sehr kritischen Haltung gegenüber der EU geprägt, hat sich diese Einstellung heute, 15 Jahre später, stark gewandelt, wie die während Schwedens zweiter Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2009 erhobenen Daten des Eurobarometers zeigen.³ Obgleich also die eigentliche Mitgliedschaft heute weitgehend nicht mehr in Frage gestellt wird, sind bei tiefgreifenden Integrationsschritten wie der Einführung des Euro noch immer viele skeptische Stimmen aus Parteien und Bevölkerung zu vernehmen.

Aufgrund dieser nationalen Voraussetzungen gestaltet sich die Untersuchung der Europäisierung der schwedischen Parteien besonders

2 Für eine Einführung in die Europäisierungsforschung siehe Axt/Milososki/Schwarz (2007).

3 Laut den Daten der aktuellen Eurobarometerbefragung aus dem Herbst 2009 sehen rund 57 % der Schweden die Mitgliedschaft als eine gute und 17 % als eine schlechte Sache an (Europäische Kommission 2009). Bei der ersten Befragung des Jahres 1996 hielten nur 29 % der Schweden den Beitritt für eine gute Sache und 42 % für eine schlechte (Europäische Kommission 1996).

interessant. Die Analyse beschränkt sich auf den Zeitraum vom Beitritt Schwedens zur Europäischen Union im Jahr 1995 bis zur Reichtagswahl im Jahr 2006, welche zugleich das Ende der zwölfjährigen sozialdemokratischen Minderheitsregierung markiert.

Zu Beginn der vorliegenden Studie wird die Europäisierungsforschung von Parteiensystemen anhand des aktuellen Forschungsstandes analysiert. Da, wie sich zeigen wird, eine Europäisierung von Parteiensystemen nicht nachgewiesen werden kann, richtet sich der Fokus im weiteren Verlauf auf die schwedischen Parteien selbst. So werden im dritten Teil fünf Bereiche identifiziert, anhand derer sich laut Ladrech (2002) die Europäisierung von Parteien nachweisen lässt. Diese lauten im Einzelnen: „(1) policy/programmatic content; (2) organizational; (3) patterns of party competition; (4) party-government relations; and (5) relations beyond the national party system“ (ebd.: 396). Allerdings werden nicht alle Bereiche behandelt. Stattdessen erfolgt eine Beschränkung auf drei Untersuchungsfelder. Der erste und der letzte Punkt des Untersuchungsrahmens, also die Europäisierung von Parteien anhand der Programmatik und anhand transnationaler Interaktionen mit anderen Parteien, fallen aus der Analyse heraus⁴. Die Strukturen der Parteienkonkurrenz schwedischer Parteien bilden den ersten Europäisierungsbereich, welcher anhand des Einflusses von Konfliktlinien, die im Zuge der Mitgliedschaft in der EU entstehen, auf die Positionierung und den Erfolg von Parteien bei nationalen und europäischen Parlamentswahlen untersucht wird. Weiterhin werden hier innerparteiliche Meinungsverschiedenheiten und Zerwürfnisse mit EU-Bezug thematisiert. Daraufgehend wird die europäische Wirkung auf die Machtverteilung innerhalb von Parteien genauer betrachtet. Die Analyse richtet sich einerseits auf die Europäisierung anhand der innerparteilichen Organisation und untersucht eine etwaige Einflusssteigerung von Parteimitgliedern, deren Arbeit einen starken EU-Bezug mit sich bringt. Andererseits wird das Verhältnis der Regierungspartei zu ihren Ministern und dem Ministerpräsidenten betrachtet. Deren institutionelle Einbettung in die Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene kann ebenfalls zu einer Veränderung der Machtverhältnisse in Parteien führen.

Im Fazit werden die Ergebnisse der Analyse zusammengefasst und Antworten auf die eingangs formulierten Fragen gegeben. Zudem erfolgt ein Ausblick auf die im September 2010 anstehenden Wahlen

4 Eine Begründung dieser Entscheidung erfolgt an entsprechender Stelle.

und die weiteren Entwicklungen der schwedischen Parteien im europäischen Kontext.

2. Europäisierung von Parteiensystemen

Analytisch ist es erforderlich, die Europäisierungsforschung zu nationalen Parteien von einer solchen zu Parteiensystemen zu unterscheiden. Ausgangspunkt dieser Trennung ist ein Beitrag von Mair (2000) zur Europäisierung von Parteiensystemen. In „The limited impact of Europe on national party systems“ stellt Mair eine Reihe von Gründen für die Begrenztheit des Einflusses Europäischer Integration auf Parteiensysteme vor. Daraus lassen sich Rückschlüsse ziehen, warum die Fülle der Europäisierungsliteratur nur eine überschaubare Anzahl von Arbeiten beherbergt, die sich systematisch mit Parteiensystemen beschäftigen.

Mair geht zweigleisig vor. Zum einen untersucht er den europäischen Einfluss auf definitorische Eigenschaften von Parteiensystemen. Zum anderen behandelt er die Abwesenheit eines genuin europäischen Parteiensystems und die daraus entstehenden parteilichen Vorgehensweisen bei Wahlen auf nationaler wie europäischer Ebene.

2.1 Direkte und indirekte Einflüsse

Mair beschränkt sich bei den Ausführungen auf direkte europäische Einflüsse auf Parteiensysteme, gleichwohl er zugesteht, dass „the most telling impact may well be expressed indirectly“ (ebd.: 27). Dazu untersucht er den europäischen Einfluss auf die grundlegenden Eigenschaften von Parteiensystemen nach Sartori (1976): ‚*format*‘ und ‚*mechanics*‘.

Mit ‚*format*‘ bezeichnet Sartori die Anzahl der relevanten Parteien des Systems. Das Interesse der Europäisierungsforschung besteht folglich in der Überprüfung, ob die Entstehung neuer Parteien auf europäische Entwicklungen und Einwirkungen zurückzufolgen ist. Anhand der ihm zur Verfügung stehenden Daten stellt Mair fest, dass von den 140 seit 1979 entstandenen Parteien lediglich drei eine explizite Fokussierung für oder gegen die EU aufweisen (Mair 2000: 30). Diese konnten durchschnittlich nur eineinhalb Prozent der Stimmen auf sich

vereinigen. Darüber hinaus haben sich die meisten neuen Parteien ausschließlich für Wahlen zum Europäischen Parlament registriert, die Wahlen zu nationalen Parlamenten jedoch gemieden. Der ausbleibende Wahlerfolg war meist gleichbedeutend mit der Auflösung der Partei. Aus diesen Erkenntnissen lässt sich schließen, dass „their impact on the format of domestic party systems has been almost non-existent“ (Mair 2000: 30.).

Die ‚*mechanics*‘ eines Parteiensystems beruhen auf der Analyse der Konfliktstrukturen zwischen den bestehenden Parteien. Aus der ideologischen Distanz zwischen den extremen Parteien einer Konfliktstruktur ergibt sich entweder ein moderates oder polarisiertes Parteiensystem. Ein direkter Effekt Europas würde insofern mittels einer Überlagerung oder Umkehrung bestehender Cleavages durch einen stark ausgeprägten Konflikt europafreundlicher und -kritischer Parteien deutlich werden. Aus einer solchen Entwicklung könnte letztlich eine Neuordnung des politischen Spektrums entstehen, welche eine fundamentale Veränderung des Parteiensystems bedeutete.

Anhand der Daten von Ray (1999) aus dem Jahr 1996 lässt sich zunächst ein derartiges Szenario vorstellen. Fast zwanzig Prozent der Parteien in den Staaten Europas lehnen demnach die EU stark ab, knapp die Hälfte befürworten sie stark. Die Extrempositionen sind somit numerisch bedeutend vertreten, der Konflikt ist offensichtlich bestimmender Teil der Wechselbeziehungen zwischen den Parteien. Allerdings fällt bei der Durchsicht der 1999 jeweils aktuellen nationalen Wahlergebnisse auf, dass die Parteien, welche die EU stark ablehnen, im europäischen Durchschnitt nur rund acht Prozent der Stimmen gewinnen konnten. Parteien, die Europa stark befürworten, erhalten dagegen durchschnittlich zwei Drittel der Stimmen. Demnach ist der Einfluss der zahlenmäßig großen Gruppe der EU-Gegner im Parteiensystem eher gering einzuschätzen. Dies lässt die Bedeutung des Europa-Konfliktes wiederum sehr schwach erscheinen. Da die Streuung der Stimmen der EU-Gegner⁵ sehr groß ist, lassen sich zwei Cluster von Nationen bilden. Der eine beinhaltet Länder, in denen die ablehnenden Parteien unter 10 % der Stimmen erhalten haben, der andere entsprechend Länder mit erfolgreicherem Europakritikern. Nur die zweite Gruppe betrachtet Mair im Folgenden, konstatiert für die erste

5 In Italien und Österreich erhalten diese über 20 % der Stimmen, in Belgien, Irland und Spanien traten überhaupt keine an.

bereits eine Nichtbeeinflussung der ‚*mechanics*‘ des jeweiligen Parteiensystems.

Indessen weisen die bei den Wahlen gut abschneidenden Parteien eine weitere Gemeinsamkeit auf. Jede präsentiert sich ebenfalls in den innerstaatlichen Fragen mit einer, vorsichtig formuliert, eigenen ideologischen Identität. Sie sind „in the main, parties of the extreme right or of the extreme left“ (Mair 2000: 34). Da sie also in einer Vielzahl von Sachfragen eine der politischen Mitte entgegenstehende Position einzunehmen, folgert Mair, diese Grundhaltung sei auch für die Ablehnung der EU verantwortlich. „For this reason alone, it is hard to accept that Europeanization as such has had a significant direct impact on the mechanics of the party systems“ (ebd.: 35). Dem folgend hat der europäische Einfluss weder eine neue, eigenständige Dimension des Parteienkonfliktes entstehen lassen, noch eine Änderung des Polarisationsgrades der Parteiensysteme erwirkt.⁶

2.2 Abwesenheit eines genuin europäischen Parteiensystems

Im zweiten Teil seiner Analyse zeigt Mair, dass nicht von einem autonomen europäischen Parteiensystem ausgegangen werden kann. Denn statt einer gefestigten Ordnung lassen sich auf europäischer Ebene ausschließlich Ableger nationaler Parteien finden, die sich in mehr oder weniger losen internationalen Zweckverbänden gruppieren. Das daraus entstehende Gefüge ist weder zwangsläufig stabil und berechenbar, noch kann es eine eigenständig funktionierende Struktur ausbilden. Dies ist laut Mair notwendigerweise genau solange der Fall, wie Europaparteien nur legislative Macht ausüben, nicht aber aus ihrer Mitte eine Exekutive erwählen können. Nur daraus könnte sich der Wille nach Unabhängigkeit von den nationalen Strukturen entwickeln (ebd.: 40 f.). Die Entstehung eines europäischen Parteiensystems bleibt aus, da jede Parteiengruppe ihre eigenen nationalen Ziele weiterverfolgt (Hix 1999a, 2002; van der Eijk/Franklin/Oppenhuis 1996). Damit fehlt die Grundlage für Spillover-Effekte in nationale Parteiensysteme und es kann folglich keine Europäisierung derselben aufgedeckt werden.

6 Die Ergebnisse werden anhand der schwedischen Parteien in Kapitel 3.1 überprüft.

2.3 Entpolitisierung Europas

Die inhaltlich stärkere Verbindung der europäischen Parteigruppen zum Mutterland hat zudem Auswirkungen auf Wahlen zum Europaparlament. Mair (2000: 38) konstatiert, diese seien „simply a stage on which national politics is rehearsed once again“. Bei Wahlen zum Europäischen Parlament, so zeigt er auf, wird der Wahlkampf vornehmlich über Fragen des Aufbaus und der Beschaffenheit der europäischen Institutionen definiert. Allerdings werden die institutionellen Rahmenbedingungen Europas mitnichten auf dieser Ebene behandelt, sondern von nationalen Regierungen ausgehandelt. Indessen sind die verschiedenen Alternativen der europäischen Tagespolitik eine Angelegenheit des Europäischen Parlaments. Gleichwohl tauchen diese Wahlkampfthemen, wenn überhaupt, nur auf nationalstaatlicher Ebene auf (Mair 2000: 42 ff.). Mit Europa verknüpfte inhaltliche Konflikte und Unterschiede werden somit außerhalb der jeweils zuständigen Ebene thematisiert und zur Abstimmung gestellt. Dieser Argumentation folgend, scheidet der Einfluss Europas auf nationale Parteiensysteme auch an der Entpolitisierung der europäischen Themen von der nationalstaatlichen Seite aus. Mair erkennt darin einen willentlichen Prozess: „parties have done much to insulate themselves from European encroachment in the domestic arena“ (Mair 2007: 164).

2.4 Institutionalisierung und Penetration

Später kanalisiert Mair (2004) seine Erkenntnisse in zwei Arten von Europäisierung. Die Bezeichnung der ersten Kategorie, ‚*institutionalisation*‘, übernimmt er von Cowles, Caporaso und Risse (2001). Diese sehen Europäisierung als die Entwicklung und Verdichtung von Governance-Strukturen auf europäischer Ebene an. Die zweite Kategorie, ‚*penetration*‘, hingegen entwickelt er aus den Arbeiten von Goetz und Hix (2000) sowie Featherstone und Radaelli (2003), für welche Europäisierung den Einfluss europäischer Normen, Regeln und Direktiven auf nationalstaatliche Politikbereiche bedeutet (Mair 2004: 340 ff.). Darauf aufbauend schematisiert Mair mögliche Folgen der Europäisierung auf Parteiensysteme, in welche er die vormals noch ausgeschlossenen indirekten Einflüsse mit einbezieht. Sie sind mit direkter und indirekter Penetration sowie direkter und indirekter Institutionalisierung bezeichnet (Mair 2007: 157). Da die Einteilung in vier Bereiche

vornehmlich der Ordnung seiner Erkenntnisse dient, werden sie nun unter kurzer Beschreibung der jeweils relevanten Literatur vorgestellt.

Direkte Penetration bezeichnet demnach zum einen den bereits untersuchten Sachverhalt der Entstehung neuer, genuin anti-europäischer Parteien (Mair 2000). Des Weiteren umfasst sie den Einfluss der Konfliktstruktur Europäisch-Antieuropäisch auf traditionelle Cleavages, wie Links-Rechts (z.B. van der Eijk/Franklin 2004; Hooghe/Marks/Wilson 2004) oder Religiös-Säkular (z.B. Nelsen/Guth/Fraser 2001).

Van der Eijk und Franklin (2004) decken anhand von Wählerbefragungen auf, dass die meisten europäischen Parteien ihr Profil entlang der Konfliktlinie Links-Rechts prägen. Die Wähler können daher ihre Wahlentscheidung nicht anhand ihrer Einstellung zu Europa treffen, obwohl in diesem Punkt die größte Abdeckung der Extrempositionen anzutreffen ist. Dies ist vornehmlich der Tatsache geschuldet, dass die europäische Konfliktlinie das traditionelle Links-Rechts-Schema nicht überlappt, sondern quer dazu verläuft. Bisher entscheiden sich diese Wähler bei Wahlen trotz anderer Neigung entlang der traditionellen Konfliktlinien. Van der Eijk und Franklin (ebd.: 47) bezeichnen diese Wählerschicht als ‚sleeping giant‘. Ihre Beachtung und Erweckung durch die Positionierung von Parteien zur EU könnte sehr starke Veränderungen der Wahlergebnisse und zuletzt des Parteiensystems selbst verursachen.

Hooghe, Marks und Wilson (2004) kommen hingegen zu dem Schluss, dass die Konfliktlinie Links-Rechts die europäische Integration strukturiert. Extreme Parteien auf beiden Seiten des politischen Spektrums sind signifikant stärker EU-skeptisch als Parteien der politischen Mitte. Demnach überlappt die europäische Konfliktlinie das traditionelle Links-Rechts-Schema, statt quer zu diesem zu verlaufen.

Nelsen, Guth und Fraser (2001) erkennen schließlich, dass der Katholizismus einen besonders starken direkten Effekt auf die Befürwortung der europäischen Integration hat. Protestanten gelten auch als Unterstützer, differieren aber in der Deutlichkeit der Befürwortung stark zwischen den einzelnen Nationen und befinden sich sogar teilweise unterhalb der Zustimmungsrate von Atheisten (ebd.: 210 f.).

Mair fasst zusammen, dass der Bereich der direkten Penetration zwar viel beforscht wird, sich der Einfluss der europäischen Dimension jedoch zwischen den Nationalstaaten zu unterschiedlich gestaltet, um ein allgemein gültiges Ergebnis zu erhalten. Zudem sei es „too soon to

say whether this dimension can even survive as an independent base for party competition“ (Mair 2007: 158).

Direkte Institutionalisierung vereint wiederum Fragen zur Bildung und Konsolidierung von Koalitionen von Parteien auf europäischer Ebene (z.B. Hix 2002) und dem Verhalten von Parteien und Wählern bei nationalen und europäischen Wahlen (z.B. Thomassen 2005b). Hinzu kommen Überlegungen, ob die Ergebnisse von Europawahlen als repräsentativ und legitim gelten können (z.B. Katz/Wessels 1999), sowie die Frage nach einer genuin europäischen Wählerschaft (z.B. Schmitt/Thomassen 1999).

Hix unterscheidet zwei Auftraggeber nationaler Parteiengruppen im Europäischen Parlament, die nationale Partei und die Europapartei. Bei der Analyse der Gewichtung dieser beiden im Konfliktfall stellt er heraus, dass der größte Einfluss auf das Entscheidungsverhalten weiterhin bei der nationalen Partei liegt (Hix 2002: 694 ff.).

Katz und Wessels identifizieren in ihrem Sammelband anhand von Befragungen sowohl nationaler und europäischer Parlamentarier als auch noch nicht gewählter Kandidaten für Europawahlen drei Teilbereiche der Probleme europäischer Repräsentation. Diese sind 1. die Rolle der Parlamente und ihrer Mitglieder, 2. die Verbindung von nationaler und europäischer Ebene sowie 3. die Notwendigkeit des Wandels europäischer Institutionen (Wessels/Katz 1999: 17). Einen besonderen Stellenwert nimmt dabei die Untersuchung des Demokratiedefizits der Institutionen, allen voran des Europäischen Parlaments, ein. Dieses zeigt sich nicht nur in der Unzufriedenheit der Befragten selbst, die starke Mängel einräumen (Katz/Wessels 1999: 236 f.), sondern zugleich im Empfinden der Wähler, keine effektiven Mittel der Mitbestimmung in Europa zu besitzen (ebd.: 246 f.).

Ziel der Studien des Sammelbandes von Thomassen (2005a) ist die Untersuchung und Erklärung des veränderten Wählerverhaltens in sechs Mitgliedsstaaten der EU zum Ende des 20. Jahrhunderts. Die jeweiligen Staaten werden anhand zu Beginn definierter Indikatoren wie Fragmentierung und Polarisationsgrad untersucht. Entgegen der im Einführungskapitel vermuteten steigenden Bedeutung der gesamtgesellschaftlichen Modernisierung gelangen die Autoren zu der Erkenntnis, dass traditionelle Modelle des Wählerverhaltens auch weiterhin den größten Einfluss auf die Wahlentscheidung haben (Thomassen 2005b: 265 f.). Dies führen sie auf die nicht zeitgleich erfolgte Modernisierung des politisch-institutionellen Gefüges zurück.

Die Analyse der beiden direkten Einflusskategorien, sowohl Penetration als auch Internationalisierung, ist in der Literatur zahlenmäßig deutlich stärker vertreten als die der indirekten, obgleich deren Einflüsse unlängst bedeutender sein dürften (Mair 2007: 159).

Indirekte Penetration bezeichnet die Aushöhlung des inhaltlichen Wettbewerbs der Parteien auf nationaler Ebene. Das geschieht auf drei Arten. Für die Analyse der ersten bedarf es der Annahme, dass sich europaorientierte Politikinhalt im Zuge der Integration in den Staaten ähnlich entwickeln. Diese Konvergenz tritt zutage, da der inhaltliche Spielraum der sich im Konkurrenzkampf befindlichen Parteien durch europäischen Anpassungsdruck beschränkt wird. Die Einschränkungen führen zu einer Harmonisierung der Politikinhalt über ganz Europa hinweg. Zwar können die Parteien der verschiedenen Staaten unterschiedlich darauf reagieren, sodass Abweichungen zwischen den Nationen erkennbar werden. Doch innerhalb des Parteiensystems eines Landes geschieht dies nicht. Im Gegenteil, die Ausrichtung einer europäischen Policy, gerade im Zuge von opt-outs, erfolgt zumeist im Einverständnis von Regierung und Opposition (ebd.).

Grabbe (2003) zeigt, dass die Schwierigkeit des Konvergenzdruckes für Beitrittsländer⁷ in einem besonders starken Maß gilt. Sie begründet dies mit dem fortgeschrittenen Stand der Policy-Entwicklung. Seit den Gesprächen der mediterranen Beitrittskandidaten der 1980er Jahre hat sich nicht nur die Anzahl einheitlicher Regelungen, welche übernommen werden müssen, deutlich erhöht, sondern ist zugleich auch die Möglichkeit der Verhandlung derselben nahezu ausgeschlossen⁸ (ebd.: 306 f.). Daran lässt sich die Beschränkung des inhaltlichen Wettbewerbs unter den Parteien deutlich erkennen.

Der zweite Schritt der Beschränkung inhaltlichen Wettbewerbs betrifft die politischen Instrumente. Sie erfolgt über die Abgabe nationaler Verfügungsgewalten an europäische Organisationen, auf welche weder Parteien noch nationale Regierungen Einfluss ausüben können. Beispiele für solche Einrichtungen sind die Europäische Zentralbank, Europol und das Europäische Beobachtungszentrum von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC). Kelemen (2002) verweist darauf, dass viele dieser Einrichtungen geschaffen worden sind, um die Regu-

7 Grabbe (2003) bezieht sich auf die 10 Beitrittsländer der Osterweiterung im Jahr 2004.

8 So sind opt-outs für Beitrittsländer nicht möglich.

lierungsgewalt der EU zu vergrößern. Er stellt fest, dass „for the most part, the agencies perform functions that would otherwise not have been transferred to the European level at all” (Kelemen 2002: 112).

Zuletzt wird der Parteienwettbewerb auch durch die Beschränkung politischer Praktiken begrenzt. Ein augenfälliges Beispiel bietet der europäische Binnenmarkt. So sind staatliche Eingriffe in die Wirtschaft bislang starken Widerständen ausgesetzt. Gängige nationalstaatliche Methoden des Schutzes der eigenen Wirtschaft laufen den Bestimmungen der europäischen Wettbewerbssicherung und dem Schutz des freien Marktes entgegen. Diese Praktiken können daher nicht weiter zur Anwendung gebracht werden. Die Handlungsmöglichkeiten der Regierung und der sie bildenden Parteien werden somit erheblich eingeschränkt.

Diese drei Arten indirekter Penetration führen zu einer Entpolitisierung des nationalen Parteienwettbewerbs und verringern die Chancen von potentiellen Regierungen, sich, bezogen auf europäische Inhalte, von ihren Vorgängern klar abzusetzen (Mair 2007: 160). Bartolini (2005) hält zudem fest, dass die aus diesen Entwicklungen resultierende staatliche Bedeutungslosigkeit auf der europäischen Ebene nicht kompensiert wird, da keine gleichwertigen Strukturen politischer Repräsentation entstanden sind.

Schließlich beschäftigt sich die Untersuchung indirekter Institutionalisierung mit dem Verhältnis der im Zuge der Integration entstandenen Institutionen zu alternativen Repräsentationsformen (Mair 2007: 161). Letztere umfassen die Zivilgesellschaft, also Verbände und andere nicht gewählte Interessengemeinschaften, aber auch Lobbyisten und ähnliche Gruppierungen. Parteien sind auch hier indirekt betroffen, da politisches Engagement der Bürger jenseits ihres Einflussbereiches gefördert und ihnen eine ihrer klassischen Aufgaben, die der Artikulation und Aggregation von Interessen, abgenommen wird. Das europäische Entscheidungs- und Einflussgeflecht läuft also, abgesehen vom Europäischen Parlament, an den klassischen Parteien vorbei. Dies wiederum könnte Rückwirkungen auf die nationale Ebene haben und Parteien aufgrund der guten zivilgesellschaftlichen Erfahrungen dort ebenfalls einflussreiche Akteure entgegenstellen.

Beyers und Kerremans (2004) untersuchen diesen Sachverhalt anhand von 157 standardisierten Interviews europäischer Beamter und Interessengruppen. Sie kommen in der Auswertung zu dem Schluss, dass die beschriebenen Rückwirkungen auf die nationale Ebene bis-

lang nicht erkennbar sind. Im Gegenteil, sie konstatieren, dass die traditionellen nationalen Cleavages in ihrer Ausgestaltung durch Parteiensysteme nicht nur auf nationaler Ebene weiterhin den größten Einfluss haben, sondern zudem auch auf der europäischen (Beyers und Kerremans 2004: 1146 f.). Der Einfluss indirekter Institutionalisierung ist demnach gering, deren Rückwirkung nicht existent.

Allerdings, bestätigt Mair, sind systematische Untersuchungen gerade in den beiden indirekten Bereichen der möglichen Folgen der Europäisierung auf Parteiensysteme bislang nur vereinzelt erfolgt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass direkte Einflüsse der Europäischen Integration auf Parteiensysteme, wenn überhaupt existent, sehr gering sind. Ein wichtiges Argument dabei ist die Nichtbeeinflussung von ‚format‘ und ‚mechanics‘ von Parteiensystemen. Ein weiterer Grund liegt in der Eigenschaft der europäischen Parteienpolitik, keine Anreize für eine Loslösung von nationalstaatlichen Parteieninteressen zu schaffen. Die Ergebnisse der vorgestellten Arbeiten haben im Bereich der Europäisierung von Parteiensystemen deutliche Spuren hinterlassen. In nahezu allen diesbezüglichen Studien wird auf Mair (2000) verwiesen, um nicht nur die Abwesenheit direkter Einflüsse der Europäischen Integration auf Parteiensysteme nicht weiter zu behandeln, sondern sogar ganz von dieser Untersuchung Abstand zu nehmen (für viele Ladrech 2002: 394; Aylott/Blomgren 2007: 5 f.; Poguntke et al. 2007b: 750). Die aktuelle Forschung über die vier Folgen von Europäisierung ergibt ein differenzierteres Bild als das von Mair (2000) gezeichnete. Die Untersuchungen fördern sogar sich gegenseitig widersprechende Ergebnisse zutage. So sorgt der nicht erfolgende Prozess der direkten Penetration für eine Entpolitisierung Europas und eine relative Stärkung der Resistenz nationaler Parteiensysteme. Zugleich verursacht die indirekte Penetration Veränderungen der nationalen Parteiensysteme in Bezug auf Abgrenzungsmechanismen der inhaltlich unterschiedlich aufgestellten Parteien. Daraus sollte jedoch nicht der Schluss erfolgen, diese zwei Entwicklungen würden sich gegenseitig aufheben. Stattdessen sind beide Bereiche der Europäisierung analytisch voneinander zu trennen. Die direkte Penetration nach Mair bezieht sich auf das Parteiensystem als Ganzes, während die Aushöhlung des Wettbewerbs durch indirekte Penetration das wesentliche Umfeld der Parteien selbst verändert. Indirekte Penetration beschreibt damit „precisely the areas of investigations for evidence of the Europeanization of political parties“ (Ladrech 2002: 394).

3. Europäisierung von Parteien

Eine für die Parteienforschung geeignete Definition von Europäisierung bietet der Ansatz von Ladrech (1994). Für diesen ist Europäisierung „an incremental process re-orienting the direction and shape of politics to the degree that EC political and economic dynamics become part of the organizational logic of national politics and polity-making“ (ebd.: 69). Europäisierung von Parteien kann somit als schrittweiser Prozess angesehen werden, in welchem eine Anpassung an eine sich wandelnde europäische Umwelt notwendig wird, wobei die Reichweite dieses Anpassungsverhaltens und die Schwierigkeiten, welche im Zuge der fortschreitenden Europäischen Integration innerparteilich zu bewältigen sind, im Vordergrund stehen. Es liegt daher im Interesse der Parteien, Einfluss auf die Quelle der Veränderungen zu erlangen. Statt also nur auf nationalstaatlicher Ebene zu fungieren, entwickeln sie zusätzlich zu den bekannten auch neue Strukturen auf europäischer Ebene. Dazu ist nicht nur die Interessenvertretung durch einen Anschluss an die europäischen Parteifamilien denkbar, sondern auch die Ausbildung neuer interner Strukturen, die eine effektive Einflussnahme auf europäische Akteure erlauben.

Die Untersuchung der Europäisierung der schwedischen Parteien erfolgt unter Verwendung von drei der von Ladrech (2002) vorgestellten fünf Bereiche, mit welchen sich die Rückwirkungen der Europäischen Integration auf nationale Parteien belegen lassen, der Strukturen der Parteienkonkurrenz, der innerparteilichen Organisation und des Verhältnisses zur eigenen Regierung.

Gleichwohl der Vergleich von Wahlprogrammen ein sehr deutlicher Indikator für die Europäisierung von Parteien sein kann, da diese ein „set of key central statements of party positions“ (Budge/Robertson/Hearl 1987: 18) bieten und im Vorfeld jeder Wahl neu ausgearbeitet werden, sich Veränderungen also zeitlich recht genau zuordnen lassen, wird dieser Bereich nicht weitergehend betrachtet, da zum einen nationale Wahlen in Schweden einem „general consensus amongst the major political parties“ (Miles 1997: 243) unterliegen, dass ausschließlich nationale Themen zur Abstimmung stehen und zum anderen, da aufgrund eines Zusammenschlusses der vier bürgerlichen Parteien zu einer Wahlallianz strittige Themen aus deren Wahlprogrammen herausgehalten werden, was die Nachvollziehbarkeit von inhaltlichen

Veränderungen der Wahlprogramme, gerade mit europäischem Bezug, unmöglich macht.

Auch die Analyse der Europäisierung anhand transnationaler Interaktionen fällt aus dem Untersuchungsdesign heraus, hauptsächlich, da sie den Schwerpunkt des Discussion Papers von der schwedischen auf die europäische Ebene verschieben würde.

3.1 Europäisierung anhand der Strukturen von Parteienkonkurrenz

Die Strukturen der Parteienkonkurrenz können sowohl zwischen verschiedenen Parteiensystemen als auch innerhalb eines Systems zu verschiedenen Zeitpunkten sehr unterschiedlicher Natur sein. Bergström (1991: 8) erkennt, dass “[t]he Swedish party system has been the simplest in any of the democracies. In no other country has the basic left-right scale accounted for such a great deal of party structure and electoral behaviour”. Diese bestimmende Konfliktlinie zwischen den schwedischen Parteien entlang des politischen Spektrums von links nach rechts hat jedoch nie zu einer Lähmung oder Blockade der Politik geführt, da das schwedische Parteiensystem stark konsensorientiert ist (Jahn 2009: 114 f.; Laver/Schofield 1990: 70 ff.), was durch viele Minderheitsregierungen⁹ und die starke Einbeziehung oppositioneller Kräfte sichtbar wird. Das über 70 Jahre lang ‚eingefrorene‘ (Lipset/Rokkan 1967: 50; Pappi/Schmitt 1994: 18) Fünf-Parteiensystem hat sich seit Ende der 1980er Jahre zu einem stabilen Sieben-Parteiensystem entwickelt. Der linke Block bestand traditionell aus Sozialdemokraten und Linkspartei, der rechte aus der Moderaten Sammlungspartei, der Liberalen Volkspartei und der Zentrumspartei. Mit dem Eintreten der eher linken Umweltpartei und den rechts der politischen Mitte zu verortenden Christdemokraten wurde das Parteiensystem um die ökologische bzw. christliche Konfliktlinie erweitert. Diese haben die Bedeutung der Links-Rechts-Prägung allerdings nicht nachhaltig gemindert (Huber/Inglehart 1995; Bennulf und Holmberg 1990), was

9 Vor allem durch das Vorgehen zur Wahl des Ministerpräsidenten, im schwedischen System *Statsminister* genannt, bestimmt. Dazu bedarf es lediglich des Ausbleibens einer absoluten Mehrheit, die sich gegen den Kandidaten ausspricht. Das Prinzip des negativen Parlamentarismus führte unter anderem 1978 zu der kuriosen Situation, dass der liberale Olof Ullstens mit lediglich 39 Ja-Stimmen gegen 66 Nein-Stimmen bei 215 Enthaltungen zum Staatsminister gewählt wurde.

sich mit dem generell starken Umweltbewusstsein der schwedischen Parteien und der geringen Bedeutung christlicher Werte in der schwedischen Gesellschaft erklären lässt. Zudem lässt sich eine deutliche Prägung der Parteienlandschaft durch die dominante sozialdemokratische Partei identifizieren, welche in den letzten 80 Jahren lediglich 13 Jahre nicht in der Regierungsverantwortung standen (Jahn 2009: 125 f.). Ein vorläufiges Ende der Konsenspolitik über Blockgrenzen hinweg erfolgte durch die „historische Zäsur“ (Jochem 2006: 5) der Reichstagswahl 2006, welche zur Bildung der ersten bürgerlichen Mehrheitsregierung seit Einführung des allgemeinen Wahlrechtes 1919 führte.

Das Ziel dieses Abschnitts liegt in der Untersuchung, ob sich im Zuge der Europäischen Integration ab dem Beitritt bis heute eine Verschiebung der Strukturen von Parteienkonkurrenz feststellen lässt und welche Auswirkungen diese hat. Es wird eine potentielle Aufweichung der Links-Rechts-Trennlinie durch die Konfliktebene Pro-Kontra-EU überprüft, die ihrerseits Veränderungen der Wahlergebnisse zum Vorteil von extremen EU-Gegnern und schließlich der Zusammenarbeit der Blöcke nach sich zieht. Dazu bedarf es zunächst der Analyse der Haltung der schwedischen Parteien gegenüber der EU sowie der Bedeutung, die diese der Europäischen Integration beimessen. Auch die Divergenzen innerhalb der Parteien werden vorgestellt. Im Anschluss gilt es, den Einfluss dieser Positionierungen auf Wahlen und die Bedeutung neuentstehender EU-kritischer Parteien exemplarisch zu untersuchen. Eine Europäisierung der schwedischen nationalen Parteien bezüglich der Strukturen ihrer Konkurrenz liegt dann vor, wenn genau die Abgrenzungsstrategien, welche die Unterschiede im Verhältnis der Parteien zur EU betonen, für nationale Wahlen in den Vordergrund rücken und vormals geltende überlagern.

3.1.1 Vorgehen und Operationalisierung

Da die EU wird immer stärker in den nationalen politischen Prozess integriert und zu einem Teil des öffentlichen Diskurses und das Verhältnis der Schweden gegenüber der EU durch Uneinigkeit und Unsicherheit gekennzeichnet ist, ist es sehr wahrscheinlich, dass Parteien diese Stimmungen aufgreifen und sich zu Nutzen machen. Dies kann zum einen zu einer extremen Positionierung einiger Parteien gegenüber der EU führen, sowohl zustimmend als auch ablehnend. Das Resultat einer solchen Entwicklung ist möglicherweise eine Verschiebung der das

Parteiensystem strukturierenden Cleavages oder, in den Kategorien Mairs (2000) ausgedrückt, eine Änderung der ‚mechanics‘ des Parteiensystems. Weiterhin können starke Differenzen innerhalb der Parteien auftreten, die zu inhaltlichen Modifikationen der Haltung gegenüber der EU, aber auch zu Verlusten in der Wählergunst führen. Zudem ist eine Entstehung neuer Parteien vorstellbar, deren Gründungsgrund allein auf die Konfliktlinie Pro-Kontra-EU zurückzuführen ist. Dies wiederum könnte nachhaltige Auswirkungen auf die Stabilität des Parteiensystems mit sich bringen und das ‚format‘ desselben verändern.

Die Datengrundlage für die Untersuchung bilden die Ergebnisse der Expertenbefragung von Ray (1999), welche eine externe Einschätzung der Haltung der sieben im Riksdag vertretenen Parteien bieten, und anonymisierte, qualitative Leitfadeninterviews¹⁰. Rays Ergebnisse beruhen auf Expertenbefragungen in 18 Mitgliedsländern der EU und EFTA¹¹. Die Experten sind dabei Politikwissenschaftler, im schwedischen Fall derer sieben, denen die Aufgabe zukommt, die Haltung aller relevanten nationalen Parteien gegenüber der EU zu vier verschiedenen Zeitpunkten, 1984, 1988, 1992 und 1996, einzuschätzen. Der Fragebogen enthält drei Fragen: Erstens soll die Einstellung der Parteiführung zur Europäischen Integration auf einer Skala von eins (starke Ablehnung) bis sieben (starke Zustimmung) eingeordnet werden. Zweitens soll die Bedeutung der Integration in der öffentlichen Debatte der Partei auf einer Skala von eins (keine Bedeutung) bis fünf (wichtigstes Thema der Partei) und drittens der Grad der Differenz innerhalb der Partei über die Haltung der Parteiführung ebenfalls auf einer Skala von eins (völlige Einigkeit) bis fünf (Mehrheit der Parteiaktivisten lehnt die Haltung der Führung ab) zugeordnet werden (ebd.: 295). Die Einschätzungen aus dem Jahr 1996 bieten sich für die Untersuchung des Einflusses der Konfliktstrukturen auf die folgende Wahl 1998 an. Nachdem Europa im vorhergehenden Wahlkampf nicht thematisiert wird¹² und die Haltung der schwedischen Bürger unverändert negativ verbleibt¹³, ist es sehr wahrscheinlich, dass sich dies nach drei Jahren schwedischer Mitgliedschaft in der EU ändert.

10 Die Interviews mit den schwedischen Parteifunktionären stellte Nicholas Aylott freundlicherweise zur Verfügung.

11 Auf diese bezog sich auch Mair (2000), siehe Kapitel 2.1.

12 Vgl. Kapitel 3.

13 Siehe Abbildung 1.

Die Frage des Einflusses der Parteienspaltung kann ebenfalls mit den Daten von Ray (1999) untermauert werden.

Aufgrund der geringen Zustimmungswerte für die EU-Mitgliedschaft seitens der schwedischen Bevölkerung sowie daraus resultierender innerparteilicher Streitigkeiten lauten die Arbeitshypothesen für die Betrachtung der Reichstagswahl 1998:

H1: Eine starke Positionierung gegen die EU wirkt sich positiv auf das nationale Wahlergebnis aus, und

H2: Eine parteiinterne Spaltung aufgrund der EU wirkt sich negativ auf das nationale Wahlergebnis aus.

Für die Untersuchung der Entstehung neuer, EU-kritischer Parteien werden die Ergebnisse der Europawahl 2004 mit denen der Reichstagswahl 2006 verglichen. Die Analyse erfolgt exemplarisch anhand der Partei Juniliste, welche als genuin europakritische Partei erfolgreich an der Europawahl teilnahm und dies bei der Reichstagswahl zu wiederholen suchte. Die Arbeitshypothese lautet hier:

H3: Die bei Europawahlen erfolgreiche Positionierung als europakritische Partei wirkt sich auch bei nationalen Wahlen positiv auf das Wahlergebnis aus.

3.1.2 Einordnung der Parteipositionen gegenüber Europa

Die Ergebnisse der Expertenbefragung durch Ray (ebd.) zeigen für die Standpunkte der schwedischen Parteieneliten eine starke Streuung. Demnach steht die Umweltpartei, die erst ab 1988 im Reichstag vertreten ist, der Integration sehr stark ablehnend gegenüber und erhält von allen Wissenschaftlern für 1992 und 1996 jeweils den Extremwert eins.¹⁴ Die Linkspartei folgt mit einer fast ebenso kritischen Haltung. Für alle anderen Parteien lassen sich mehr oder weniger starke Veränderungen in Richtung Zustimmung erkennen. Besonders deutlich fallen diese bei den Sozialdemokraten, Christdemokraten und der Zentrumspartei aus. Die ersten beiden wechselten vom Wert zwei bis drei, „(somewhat) opposed to the European integration“, im Jahr 1988 zum Wert sechs, „in favor of European integration“ (ebd.), im Jahr 1992. Das Zentrum entwickelte im gleichen Zeitraum bei gleicher

14 Für eine Übersicht der Ergebnisse siehe Tabelle 1.

Ausgangsbasis eine gemäßigt positive Zustimmung (Wert fünf). Von Anfang an wurden der Liberalen Volkspartei und der Moderaten Sammlungspartei hohe Werte zugeschrieben. Die Liberalen bekommen ab 1992 den Extremwert sieben, die Moderaten rangieren nur knapp darunter. Die Interviews mit den Parteisekretären unterstützen diese Aussagen. An der Einstellung der Parteien zur Europäischen Integration hat sich auch 2005 nichts grundlegend verändert (Magnusson/Lindahl 2005: 5).

Die Bedeutung der Europäischen Integration als Schwerpunkt in der öffentlichen Debatte nahm bei allen Parteien im Zeitverlauf zu. 1996 war sie für alle sieben Parteien mindestens ein wichtiges Thema (Wert 3), für Linke, Liberale, Moderate und Sozialdemokraten sogar eines der wichtigsten (Wert 4). Daher ist davon auszugehen, dass das Thema nicht nur im alltäglichen Dialog zwischen den Parteien und der Gesellschaft zum Tragen kam, sondern sich auch bis in den Wahlkampf zwei Jahre später als ein entscheidendes Kriterium des Parteienwettbewerbs halten konnte.

Die Daten zur innerparteilichen Spaltung korrelieren sehr stark mit den Kontinuitätswerten der Haltung der Parteiführungen zur Europäischen Integration. Die durchgehend stark EU-kritischen Parteien, Linkspartei und Grüne, erfuhren generell eine hohe Zustimmung der europäischen Positionierung durch die Parteimitglieder. Die gleiche Entwicklung ist für die starken EU-Befürworter, die Moderaten und Liberalen, zu verzeichnen. Anders sieht es bei den anderen drei Parteien aus. Der Wechsel der christdemokratischen Parteiführung von tendenzieller Ablehnung der Europäischen Union hin zur starker Unterstützung, die auf einer erhofften Nähe zu den kontinentalen Christdemokraten fußte (Aylott 2007: 166), wurde von einigen Parteiaktivisten kritisch beäugt. Allerdings verblieben die Meinungsverschiedenheiten in einem geringen Ausmaß. So wurden zwar auf Parteitag gelegentlich Gegenanträge zur Europapolitik der Parteiführung gestellt (Jahn 1999: 573), es bildeten sich aber keine eigenständigen innerparteilichen Oppositionsgruppen. In der Zentrumsparterie regte sich hingegen aufgrund diverser Richtungswechsel Widerstand. Bis Ende der 1980er Jahre teilte die Partei die Befürchtungen des linken Blocks, die EU-Mitgliedschaft würde die demokratischen Grundstrukturen aushöhlen (Kite 1996: 11). Das Referendum 1994 unterstützte die Parteiführung hingegen. Der darauf folgende starke Protest (Wert 3,5) wurde vor allem von der Jugend- und der Frauenorganisation getragen, die gegen den Beitrittswillen der Parteispitze opponierten (Jahn

1999: 573). Die innerparteiliche Opposition blieb bestehen und erklärt die ablehnende Haltung des Zentrums im Referendum über den Beitritt zur WWU im September 2003. Ein erneuter Wechsel zu einer sehr positiven Einstellung gegenüber der EU lässt sich wiederum bereits im Europawahlkampf 2004 erkennen (Aylott 2007: 166).

Den deutlichsten Gegenwind bekamen jedoch die Sozialdemokraten zu spüren, deren innerparteilicher Protest im Wesentlichen durch den Jugendverband und die christlichen Sozialdemokraten getragen wurde (ebd.). Noch 1990 sprach sich der Parteirat einstimmig gegen die Mitgliedschaft aus. Ein Jahr später, aus der Oppositionsrolle heraus, gab das gleiche Gremium ein einstimmiges Votum für den Beitritt ab (Jahn 1999: 566). Wie schwer viele Mitglieder der größten schwedischen Partei den plötzlichen Richtungswechsel in Folge der Wirtschaftskrise verstehen konnten, zeigen die Erhebungen zur parteispezifischen Wahlentscheidung im Referendum zum Beitritt zur EU im November 1994. Nur 46 % der sozialdemokratischen Anhänger stimmten für den Beitritt, 53 % dagegen (Aylott 1999: 3). Die Einordnung der Parteisplaltung mit dem Wert vier als „evenly split on issue“ (Ray 1999: 295) ist somit intuitiv. Die endgültige Entscheidung über die öffentliche Haltung der Sozialdemokraten zum EU-Beitritt wurde immerhin erst auf dem Parteitag im Juni 1994, also fünf Monate vor dem Referendum, in einer Kampfabstimmung getroffen. Die unterlegenen Delegierten bildeten daraufhin die Gruppe „Sozialdemokraten gegen EU“. Die Spaltung gegenüber dem Beitritt erfolgte vertikal, d.h. der willigen Partielite stand die skeptische Basis entgegen.

Eine qualitativ andere Spaltung ist während der Kampagne für das zweite EU-Referendum über die Teilnahme an der dritten Stufe der WWU zu erkennen. Sie verlief nicht nur vertikal, sondern auch horizontal, denn selbst im sozialdemokratischen Kabinett regte sich offener Widerstand (Aylott 2002b: 225). Allerdings sprachen sich 82 % der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für den Euro aus, aber nur 49 % der Parteibasis (Aylott 2007: 165).

Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass eine kontinuierliche, verlässliche Politikgestaltung der Parteiführung positive Auswirkungen auf die Geschlossenheit einer Partei hat, während ein plötzlicher Wandel zu großen Dissonanzen führen kann.

3.1.3 Einfluss der europäischen Konfliktlinie auf Wahlen

Zum Zeitpunkt der Befragung durch Ray (1999) im Vorfeld der Reichstagswahlen 1998 hatten nur die Grünen und die Linken eine stark ablehnende Haltung gegenüber der EU¹⁵. Die restlichen Parteiführungen befürworteten die Integration. Dies zeigt, dass der linke Block, ähnlich wie die dafür verantwortlich zeichnenden Sozialdemokraten, gespalten war. Während Linke und Grüne unter Berufung auf demokratische Argumente den Austritt aus der EU forderten, plädierte die Führung der Sozialdemokratischen Partei für eine weitere Integration. Dies verkomplizierte die Beziehungen der drei Parteien. Auf der anderen Seite ist trotz der innerparteilichen Differenzen des Zentrums und der Christdemokraten keine Spaltung des bürgerlichen Blocks bezüglich der Europäischen Integration zu erkennen.

Sollte sich die Hypothese, dass eine stark europakritische Haltung zum Wahlerfolg führt, bestätigen, würden die Linken und die Grünen klare Zugewinne der Wählerstimmen verzeichnen können. Tatsächlich war die Linkspartei der große Gewinner der Wahl 1998. Sie erlangte ihr bestes Ergebnis auf Reichsebene und konnte den Stimmenanteil im Vergleich zur vorherigen Wahl auf 12 % verdoppeln. Die Umwelpartei konnte hingegen nicht von der negativen Stimmung gegenüber der EU profitieren und rutscht mit 4,5 % unter das Ergebnis von 1994. Die zweite Hypothese besagt, dass ein hoher Grad an innerparteilicher Spaltung bezüglich der Haltung zur europäischen Integration ein schlechtes Abschneiden bei der Wahl nach sich zieht. Dies gilt in erster Linie für die Sozialdemokraten. Mit 36,4 % erreichten sie das schlechteste Ergebnis seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts 79 Jahre zuvor. Das Zentrum, ebenfalls innerparteilichen Streitigkeiten zum Thema EU unterworfen, verlor ein Drittel der Stimmen und erhielt nur noch einen Stimmenanteil von 5,1 %. Die größten Gewinne fielen jedoch der dritten gespaltenen Partei zu. Die Christdemokraten erhielten 11,7 % der Stimmen, fast dreimal so viele wie 1994. Das Wahlergebnis der Moderaten blieb nahezu unverändert, die Liberale Volkspartei verlor fast jede dritte Stimme (SCB 2006).

Das Wahlergebnis zeigt drei verschiedene Gruppen von Parteien. Die Wahlgewinner waren eine stark europakritische und homogene (Linkspartei) sowie eine gemäßigt europafreundliche und gemäßigt ge-

15 Siehe Tabelle 1.

spaltene Partei (Christdemokratische Partei). Nahezu gleichbleibende Ergebnisse erzielten sowohl eine stark europakritische und homogene (Umweltpartei) als auch eine stark europafreundliche und ebenfalls homogene Partei (Moderate Sammlungspartei). Die Wahlverlierer sind zwei europafreundliche und stark gespaltene Parteien (Zentrumspartei und Sozialdemokratische Partei) und eine stark europafreundliche und homogene Partei (Liberale Volkspartei). Die Ergebnisse sind folglich recht unklar und lassen eher auf einen erweiterten Einfluss nationaler Ursachen schließen denn auf genuin europapolitische Positionen.

Deutlich ist, dass sich die erste Hypothese nicht bestätigt. Die Grünen haben trotz ihrer extremen Ablehnung der Integration keinen Stimmenzuwachs erreichen können. Die Erklärung hierfür zeigt sich, ähnlich wie bei der Wahl 1994, in der Bedeutung der EU für den Wahlkampf. Zwar zeigen die Befragungen von Ray deutlich, dass die Integration ein wichtiges Thema für alle Parteien ist. Allerdings erkennt Aylott (2007: 166), dass die europafreundlichen Parteien bestrebt sind, die Auswirkungen der negativen öffentlichen Stimmung bezüglich der EU zu minimieren. „In effect, the EU has been quarantined in special zones, only to be discussed in special circumstances, such as in the context of a referendum“ (ebd.). Daneben sind es lediglich die Wahlen zum Europäischen Parlament, bei welchen sich die Wähler von ihren traditionellen Parteisymphathien freimachen (ebd.: 167). Der Einfluss der europäischen Konfliktebene auf nationale Wahlen kann daher für die Jahre 1994 und 1998 mit der Ausnahme der Linkspartei als gering eingeschätzt werden. Dies liegt nicht nur, wie Mair (2000: 34) mutmaßt, an den generellen „extreme domestic ideological identities“ der Parteien, in welche sich die EU-Kritik gleichsam nur einreihet. Der Grund ist vielmehr, dass es den europakritischen Parteien nicht gelungen ist, dieses für sie so wichtige Thema auch zum entscheidenden Thema für den Wähler zu machen. Solange es die europafreundlichen Parteien also bewältigen, die Sachfrage Europa von den nationalen Wahlen größtmöglich abzukoppeln, „because such questions will be decided separately“ (Aylott 2002a: 454), können die traditionellen Konfliktlinien nicht überlagert werden.

Dies hat ebenfalls Auswirkungen auf die zweite Hypothese, welche scheinbar eher als die erste zutrifft. Bestätigung findet sie hinsichtlich der Ergebnisse von Zentrumspartei und Sozialdemokratie, da beide empfindliche Stimmenverluste hinnehmen mussten. Für die Christdemokraten lässt sie sich hingegen nicht verifizieren, da diese ihr bislang bestes Ergebnis erzielten. Allerdings ist das Ausmaß der innerparteil-

chen Spaltung derselben wesentlich geringer als bei den ersten beiden.¹⁶ Diesen Aspekt integrierend, lautet das Ergebnis der Wahluntersuchung 1998, dass eine starke parteiinterne Spaltung sich negativ auf das Wahlergebnis auswirkt. Allerdings lässt sich diese Erkenntnis nicht zwangsläufig auf das Thema oder die Ursache der Spaltung zurückführen. Denn wenn die EU, wie herausgestellt, erneut aus der Wahlentscheidung verbannt worden ist, verbleibt allein die Feststellung, dass zerstrittene Parteien generell unattraktiv für die Wählerschaft sind (Aylott 2002a: 442). Obgleich also die Haltung gegenüber der Europäischen Integration die Spaltung der Partei verursacht, ist dies als Auslöser des schlechten Abschneidens der Sozialdemokratischen Partei bei der Wahl 1998 nicht nachweisbar.

Laut Parsons (2007) findet eine ähnliche inhaltliche Verschiebung wie bei den nationalen Wahlen auch im Umgang mit Parteispaltungen statt. Der Einfluss des Themas Europa wird, soweit möglich, aus der Diskussion herausgehalten. Geht diese Strategie auf, werden auch die parteiinternen Probleme als nichtnationales Problem eingeschätzt. Daraus folgt, dass „[v]oters continue to assign EU issues a low priority, making muffling the dominant party strategy across Europe“ (ebd.: 1143).

Auf nationaler Ebene ist kein Einfluss des Europakonfliktes für das Jahr 1998 erkennbar, die ‚*mechanics*‘ der Parteienkonkurrenz bleiben unverändert. In diesem Zusammenhang sei an die Theorie des „sleeping giant“ von van der Eijk und Franklin (2004: 47) erinnert.¹⁷ Für die beiden Forscher ist es „surely only a matter of time before policy entrepreneurs in some countries seize the opportunity [...] to differentiate themselves from other parties in EU terms“.

Wenn europäische Themen tatsächlich nicht nur aus der nationalen Wahlentscheidung herausgehalten werden, sondern in Referenden und bei Europawahlen zum Tragen kommen, bietet sich auch eine Betrachtung der drei im Analysezeitraum erfolgten Europawahlen in Schweden an. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 1995 konnten die beiden europakritischen Parteien (Linke und Grüne) deutliche Zugewinne gegenüber den nationalen Ergebnissen verbuchen. Für die Wahl 1999 lassen sich weitere interessante Ergebnisse erkennen, denn neben den stark kritischen profitierten auch andere

16 Siehe Tabelle 1.

17 Vgl. Kapitel 2.4.

Parteien. So konnten z.B. die Liberalen ihren Stimmenanteil fast verdreifachen, sowohl im Vergleich zur Europawahl 1995 als auch zur Reichstagswahl 1998. Anscheinend wurden klare Positionierungen im Vorfeld der Wahl, unabhängig davon, ob für oder gegen die EU, von den Wählern honoriert. Da ein deutlicher Standpunkt von gespaltenen Parteien nicht geboten werden kann, fällt z.B. das sozialdemokratische Wahlergebnis mit 26 % der Stimmen entsprechend schlecht aus (SCB 2004). Bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2004 trat mit der Juniliste eine stark europakritische Partei an, die den Vertrag über eine Europäische Verfassung ablehnte und einen Volksentscheid darüber forderte. Bezüglich der Einführung des Euros sollte eine dauerhafte Ausnahmeregelung für Schweden festgeschrieben werden. Interessanterweise befürwortete die Partei die Mitgliedschaft Schwedens in der EU, stellte sich aber klar gegen die Übertragung weiterer Hoheitsrechte an dieselbe (Juniliste 2008). Die Liste, die eher als Ansammlung von nur acht Kandidaten mit unterschiedlicher politischer Herkunft¹⁸ denn als Partei zu bezeichnen war, wurde mit 14,5 % der abgegebenen Stimmen drittstärkste Kraft und erhielt drei der 19 schwedischen Sitze im Europäischen Parlament, was trotz der bemerkenswert geringen Wahlbeteiligung von 37,9 % ein beachtliches Ergebnis ist. Die Juniliste war damit die erste Partei, die das feste Siebenparteiensystem in Schweden aufbrechen konnte. Ihr Erfolg basierte allein auf Argumenten mit europakritischem Hintergrund. So galt auch im Jahr 2004, dass eine europakritische Haltung das Wahlergebnis bei Europawahlen positiv beeinflusst.

Gleichwohl gelang es auch der Juliliste nicht, Europa als Thema für eine Reichstagswahl zu setzen und damit die Strukturen der schwedischen Parteienkonkurrenz und das Format des Parteiensystems zu verändern. Die Partei erhielt bei der Wahl 2006 nicht einmal 0,5 % der Stimmen (Eriksson 2007: 43). Somit geschieht die Veränderung lediglich in der Arena, die explizit als Austragungsort von EU-Konflikten der schwedischen Parteien angesehen wird, um nationale Wahlen von diesen zu verschonen. Die dritte Hypothese bestätigt sich folglich ebenfalls nicht.

Zusammenfassend lässt sich eine Veränderung der Strukturen der Parteienkonkurrenz aufgrund europäischer Einflüsse im Verlauf der

18 Die Acht teilen sich in drei ehemalige Sozialdemokraten, zwei Liberale, einen Christdemokraten, einen Moderaten und einen unabhängigen Linken auf (Wahlbehörde 2004).

Zeit somit nicht feststellen. Noch immer sind die Wahlen zum Europäischen Parlament „second rate-elections“ (Hix 1999b: 180). Sie bieten neben den europabezogenen Referenden die bedeutendste Möglichkeit für die schwedischen Wähler, die eigene Parteibindung zu überwinden und ihre Einstellung gegenüber der Europäischen Integration auszudrücken. Damit bleibt Europa ebenfalls ein nationales Thema zweiter Klasse. Diese Entwicklung ist zu einem großen Maße den europafreundlichen Parteien geschuldet, welche über demokratische Mittel einen Weg gefunden haben, das Thema aus nationalen Wahlen herauszuhalten, wenngleich zu dem nicht geringen Preis, bei Europawahlen entsprechend abgestraft zu werden.

Innerhalb einiger Parteien führte die Integrationsdebatte zudem zu starker Konkurrenz. Das Ausmaß der Zerstrittenheit von Sozialdemokraten, Christdemokraten und dem Zentrum zeigte sich unter anderem an der Tatsache, dass sie zur Europawahl 1995 mit zwei verschiedenen Listen antraten, wobei jeweils die eine Befürworter und die andere Liste Europakritiker enthielt (Petersson 2000: 10). Der Einfluss einer starken Spaltung auf nationale Wahlen konnte am Beispiel der Reichstagswahl 1998 nachvollzogen werden. Da der Einfluss Europas auf das Wahlergebnis so gering ausfällt, ist nicht nachweisbar, ob die Tatsache der Spaltung an sich oder deren Ursache für das schlechte Abschneiden des Zentrums und der Sozialdemokraten die Verantwortung trägt.

3.2 Europäisierung anhand innerparteilicher Organisation

Potenzielle Gewinner veränderter Machtverhältnisse in den schwedischen Parteien aufgrund der europäischen Integration sind der Einteilung von Poguntke et al. (2007b: 752) folgend zum einen nationale parteipolitische Eliten¹⁹ und zum anderen EU-Spezialisten. Letztere sind neben den Abgeordneten der Parteien im Europäischen Parlament (MEPs) und den Mitgliedern des nationalen Ausschusses für Europaangelegenheiten (*EU-nämd*) die für die Organisation EU-spezifischer Aktivitäten zuständigen Mitarbeitern der Parteien (ebd.), welche nicht durch ihre Position in der Partei, sondern durch ihre Kontakte oder ihr Expertenwissen in Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden.

19 Die Analyse des Verhältnisses der Parteien zu ihrer Regierung erfolgt in Kapitel 3.3.

Poguntke et al. (2007b) stellen die Hypothese auf, dass EU-Spezialisten “should have experienced a growing relevance attached to their work as their field of specialization has become so much more important. This should give them better access to resources and more formal power”.

Es handelt sich bei den EU-Spezialisten also keinesfalls um eine homogene Gruppe. Im Gegenteil, lediglich der Fokus ihrer Arbeit auf europäische Inhalte verbindet sie. Generell zeichnet sie aus, dass sie mit den Institutionen und Akteuren der EU vertraut sind und über Expertenwissen verfügen, was ihnen einen entsprechenden Vorteil gegenüber anderen Parteimitgliedern und ihrer nationalen Partei insgesamt verschafft.

Mitglieder des Europäischen Parlaments haben für die nationalen Parteien eine große Bedeutung. Aus der bereits genannten Absenz einer europäischen Regierungsbildungsfunktion ergibt sich eine gewisse Autonomie im legislativen Prozess, da es keiner prinzipiellen Loyalität gegenüber der Kommission oder dem Ministerrat bedarf. Daher versuchen die nationalen Parteien, ihren Einfluss auf das Verhalten der entsandten Mitglieder aufrecht zu erhalten und diese zur Unterstützung der eigenen Politik zu instruieren bzw. als ein Instrument der Opposition zu nutzen (Interview Aylott²⁰). Es ist daher durchaus denkbar, dass MEPs auch innerhalb der Machtstrukturen der Parteien eine wichtige Stellung einnehmen, allein, um sie an die Partei zu binden.

Mitglieder des schwedischen EU-Ausschusses, der formal nur ein beratendes Gremium ist, dessen Entscheidungen allerdings wenngleich nicht rechtlich, so doch politisch für die Regierung verbindlich sind, werden über alle Fragen unterrichtet, die voraussichtlich beim nächsten Treffen des Rates der Europäischen Union behandelt und beschlossen werden (Riksdag 2008: Kap. 10/§ 6). Die Aufgabe des Ausschusses ist es, eine Einigung darüber zu finden, wie die schwedische Position bei den Verhandlungen im Rat aussehen soll. Obwohl den Vorstellungen der Regierung nur selten die Zustimmung verweigert wird (Helgeland 2001), ist es de facto dieser Ausschuss, der die schwedischen Verhandlungspositionen in Europa mitbestimmt. Raunio (2005: 335) ordnet den *EU-nämd* im EU-15-Vergleich nach den finnischen und dänischen Pendants zusammen mit Österreich als dritt-

20 Die leitfadengestützten Interviews mit ranghohen Mitgliedern der schwedischen Parteien wurden von Aylott zwischen 2003 und 2005 geführt.

stärkstes Kontrollgremium ein. Aylott (2005: 180) moniert zwar weit geringere Effektivität der Kontrolle der Exekutive als durch das dänische Gegenstück, nach dessen Vorbild der Ausschuss entwickelt worden ist, doch besetzen seine Mitglieder sehr wichtige Positionen im Entscheidungsprozess der schwedischen EU-Politik.

Die Angestellten mit Bezug zur EU schließlich sind einfache Angestellte der Parteien. Für sie gilt die Annahme, ein starker Einfluss in der Partei sei auf die Expertise statt der Position zurückzuführen, in besonderem Maße. Poguntke et al. (2007b: 758 f.) erkennen, dass „there is relatively little a party can do to improve internal mechanisms in order to ensure their accountability“.

3.2.1 Vorgehen und Operationalisierung

Nachvollziehbar werden Veränderungen nur, wenn die EU-Spezialisten einen erkennbaren Vorteil gegenüber nationalen Parteimitgliedern erlangen, der über die formale innerparteiliche Position der entsprechenden Person hinaus geht. Es bedarf somit einer Überprüfung, ob sich der Zugang derselben zu Machtressourcen der Partei verbessert hat, was sich anhand der finanzielle Ausstattung durch die Partei und die Anzahl an Mitarbeitern zeigen lässt (Aylott 2007: 162).

Auf der nationalen Ebene bieten sich überdies zwei weitere Aspekte an. Zum einen ist dies der Prozess der Personalrekrutierung der Parteien, da gewisse Positionen in den Parteien nicht durch eine Wahl, sondern durch Ernennung vergeben werden. Ein Blick auf den biographischen Hintergrund der am Ernennungsprozess der Mitarbeiter beteiligten Personen kann, sollten aktuelle oder ehemalige EU-Spezialisten unter ihnen sein, einerseits Aufschluss über deren innerparteiliche Machtfülle geben, andererseits auch eine mögliche Bevorzugung von neuen Mitarbeiter mit EU-Bezug bedeuten. Unter diesen Umständen können also aus den formalen Ernennungskriterien Rückschlüsse auf eine Machtverschiebung innerhalb der Partei zugunsten von EU-Spezialisten gezogen werden. Doch auch eine etwaige Wahl von EU-Spezialisten z.B. in die Parteispitze wäre eine unter dem Prozess der Personalrekrutierung subsumierbare Veränderung. Der zweite Aspekt des Einflusses von EU-Spezialisten auf nationaler Ebene betrachtet deren Mitbestimmung bei der Erstellung nationaler, aber auch europäischer Wahlprogramme der Parteien.

Für die Untersuchung der europäischen Ebene bietet sich ein Blick auf die Beziehung zwischen den Parteien und ihren MEPs an. Jedoch ist dieser Forschungsbereich bislang nur sehr begrenzt untersucht worden. Die Ausführungen von Poguntke et al. (2007a) betonen bereits im Geleitwort, dass es sich um die erste empirische Studie zu den Effekten der EU auf die internen organisatorischen Veränderungen der nationalen politischen Parteien handelt. Entsprechend gering ist die Auswahl geeigneter Referenzquellen. Die Datengrundlage für die Untersuchung bilden somit die Ergebnisse von Expertenbefragungen der sieben im Reichstag vertretenen Parteien durch Aylott (2007) sowie eigene Interviews mit Reichstagsabgeordneten.²¹

3.2.2 Ansätze zur Analyse organisatorischer Veränderungen

Der Zugang von EU-Spezialisten der schwedischen Parteien zu den finanziellen Ressourcen ist schwierig zu erheben. Das liegt vornehmlich daran, dass diese aus verschiedenen Töpfen zusammengetragen werden, welche mitunter nicht einmal einen Bezug zur EU aufweisen (Aylott 2007: 168). Als größte nationale Finanzquelle lassen sich jedoch die öffentlichen Zuschüsse durch den schwedischen Staat erkennen. Die 349 Abgeordneten des Riksdags haben Anspruch auf einen Sekretär, dessen Gehalt aktuell mit monatlich 50.300 SEK (ca. 5.300 EUR) angesetzt wird (Finansdepartementet 2008: 11). Die großzügige Parteienfinanzierung ermöglicht es allen sieben Parteigruppen überdies, ihren Mitgliedern des *EU-nämnds* einen speziellen Europaberater zur Seite zu stellen (Aylott 2007: 168 f.). Dennoch wird nur ein kleiner Teil der Gelder für EU-Aktivitäten benutzt.

Die größte finanzielle Quelle für europäische Angelegenheiten der schwedischen Parteien ist die Europäische Union selbst. Aus dem Haushalt des Europäischen Parlaments werden neben den Abgeordneten selbst auch deren Mitarbeiter bezahlt. Für deren Dienste steht jedem MEP monatlich knapp das Vierfache der finanziellen Möglichkeiten der schwedischen Kollegen aus dem Riksdag zur Verfügung (Europäisches Parlament 2010). Die aus diesem Topf bezahlten Assisten-

21 Die Interviews wurden im Rahmen eines laufenden Projekts am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer geführt, welches Interaktionen und wechselseitige Rollenzuschreibungen von Politikern und Ministerialbeamten in unterschiedlichen Fachpolitiken untersucht. Siehe: <http://www.foev-speyer.de/projekte/projdbdetail.asp?ID=165>.

ten arbeiten jedoch nicht zwangsläufig nur für die MEPs. Das drei Mitarbeiter umfassende EU-Sekretariat der Linkspartei hat seinen Sitz nicht nur in Stockholm und wird komplett von den europäischen Abgeordneten unterhalten, sondern ist zudem für die Versorgung der gesamten Partei mit EU-relevanten Informationen zuständig (Aylott 2007: 169; Interview, März 2010). Blomgren (2003: 176 f.) zeigt, dass alle schwedischen Parteien ihre Kandidaten vor der Wahl erklären lassen, die Zuwendungen des EPs für EU-Aktivitäten der eigenen Partei zu nutzen. Auf die Frage, was mit den europäischen Aktivitäten im Falle einer verpassten Wiederwahl der MEPs geschehen würde, hat nur die finanziell gut ausgestattete Sozialdemokratische Partei eine positive Antwort. Alle anderen Parteien würden diese zum größten Teil beenden (ebd.).

Daraus lässt sich erkennen, dass der Grund für die gute finanzielle Ausstattung der MEPs und die große Anzahl von durchschnittlich drei eigenen Mitarbeitern nicht auf der gestiegenen Relevanz Europas basiert. Werden also mehr Ressourcen für EU-Angelegenheiten aufgewendet, liegt das ausschließlich daran, dass Europa genau dafür bezahlt. Folglich ist die Anzahl der Mitarbeiter mit EU-Bezug vornehmlich in den Parteien angestiegen, die eine entsprechende Anzahl europäischer Parlamentarier stellen. Auf die Organisation der Parteien hat dies somit keinen Einfluss.

Bezüglich des Einflusses von EU-Spezialisten auf Personalentscheidungen sind als Hauptverantwortliche für die Besetzung von Ämtern a) in schwedischen Parteien vor allem der Parteisekretär, b) in den Parteigruppen der Parteisekretär und der Fraktionsvorsitzende und c) für Stellen in europäischen Büros der Parteisekretär und die MEPs, je nach Partei kollektiv oder einzeln, verantwortlich.²² Offensichtlich ist also die Personalie des Parteisekretärs außerordentlich einflussreich bei der Besetzung eines jedweden Mitarbeiters. Aylott (2007: 175) stellt fest, dass in keiner Partei jemals eine Person mit EU-Hintergrund diese wichtige Position besetzt hat. Dies hat sich bis heute nicht verändert²³ (Parteien 2010). Da auf diese Weise kein Einfluss festgestellt

22 Die MEPs der Sozialdemokraten bündeln ihre Finanzen in einer Gemeinschaftskasse, über welche alle Mitarbeiter bezahlt werden (Aylott 2007: 178 f.).

23 Die Parteisekretärin der Sozialdemokraten von 2004-2009, Marita Ulvskog, hat dieses Amt mit der Wahl ins Europäische Parlament niedergelegt, hatte aber im Vorfeld keinen EU-Hintergrund.

werden kann, stellt sich die Frage, wie die Stelle des Parteisekretärs selbst besetzt wird. In den meisten Parteien erfolgt eine Ernennung durch die Parteiführung, die wiederum auf dem Parteitag gewählt wird. Die Möglichkeit der EU-Spezialisten, über die Ernennung der Mitarbeiter in europäischen Büros durch die MEPs hinaus Einfluss auf Personalentscheidungen zu nehmen, liegt also im Rückhalt der Partebasis. Dadurch kann Einfluss auf die Wahl des Parteisekretärs genommen werden und somit zumindest direkt auf die eigentliche Stellenpolitik. Die Wahl in den Parteivorstand ließe bereits das innerparteiliche Gewicht eines Mitglieds erkennen.

Doch die Überschneidungen zwischen der Parteiführung und den EU-Spezialisten sind recht gering. Lediglich drei Vertreter des EU-*nämde*s sind zugleich auch in der Parteiführung, ein Sozialdemokrat und zwei Grüne (Aylott 2007). Bei den MEPs gestaltet sich dies anders. Zwei europäische Parlamentarier der Moderaten Sammlungspartei sind zugleich Mitglieder des Vorstands, wie auch jeweils ein Vertreter der Liberalen Volkspartei, des Zentrums und der Linkspartei. Allerdings sind die beiden Vertreter der Moderaten nicht in das Gremium gewählt worden, sondern aufgrund ihres Amtes (*ex officio*) für dieses ernannt worden (ebd.: 178). Der Einfluss der EU-Spezialisten auf die verschiedenen Parteiführungen ist entsprechend als gering zu bezeichnen.

Auf die Frage, ob die Zugehörigkeit zur Gruppe der EU-Spezialisten einen positiven Effekt auf einen schnellen Aufstieg in der innerparteilichen Hierarchie hat, antworteten fast alle Interviewpartner ablehnend (Interviews, März 2010; Interviews Aylott). Dies liegt hauptsächlich daran, dass nationale Probleme für die Wähler und damit auch für die meisten Politiker die größte Bedeutung haben.

So lässt sich letztlich festhalten, dass der Einfluss der EU-Spezialisten auf Personalentscheidungen nicht nachweisbar ist. Dies gilt vor allem für die Ernennung von Mitarbeitern, aber auch für den eigenen Weg in eine Entscheidungsposition.

Eine wirkliche Ausnahme bildet die Benennung der eigenen Mitarbeiter der MEPs. Während die Abgeordneten nach der ersten Europawahl 1995 lediglich ein Vetorecht bei der Bestimmung ihrer Mitarbeiter durch die Partei hatten, können sie diese mittlerweile selbst vorschlagen. Das Personal, das nur bei der Linkspartei Parteimitglieder derselben sein muss (Aylott 2007: 179), wird dann offiziell vom Parteisekretär bestätigt.

Der Einfluss von EU-Spezialisten auf die Formulierung von Wahlprogrammen bedarf einer Trennung zwischen nationalen und europäischen Manifesten. Die Vorgehensweise zur Erstellung der Ersteren ist bei allen schwedischen Parteien sehr ähnlich (Aylott 2007: 174). Dem Parteivorstand kommt hierbei eine koordinierende Funktion zu. Er beauftragt eine Gruppe von Parteimitgliedern und -mitarbeitern, in Zusammenarbeit mit dem Parteivorsitzenden und der Fraktion einen Programmentwurf zu verfassen, der im zur Stellungnahme an die regionalen und kommunalen Parteiverbände geschickt wird. Interessant ist vor allem die Zusammensetzung dieser Gruppe. Laut Aylott (ebd.) sind in allen Parteien EU-Spezialisten, sowohl Politiker als auch Angestellte, sehr stark an diesen Beratungen beteiligt. Allerdings beschränkt sich deren Einflussbereich auf Themen mit EU-Bezug. Eine Ausnahme bilden dabei die Liberale Volkspartei und die Linkspartei, deren beteiligte EU-Spezialisten ihren Einfluss auch in Bereiche ausdehnen können, die keinen europäischen Hintergrund haben (ebd.).

Eine andere Ausgangsposition bietet sich bei der Analyse der Wahlprogramme für die Wahl zum Europäischen Parlament. Der Prozess der Formulierung ist zwar formell gleich geregelt, aber der Einfluss der EU-Spezialisten ist erwartungsgemäß deutlich größer als auf nationaler Ebene. Diese Erkenntnis gilt wiederum für alle Parteien (ebd.). Das hat im Wesentlichen zwei Gründe: Zum einen ist das Interesse der beteiligten nationalen Organisationen an den europäischen Wahlprogrammen relativ gering, zum anderen liegt die Expertise für die Formulierung derselben augenscheinlich bei den EU-Spezialisten. So ergibt sich also, dass „quite small groups of actors have considerable scope to form the parties' positions in EU affairs“ (ebd.). An diesem Punkt lässt sich somit eine Verschiebung der innerparteilichen Machtkompetenzen zugunsten der EU-Spezialisten erkennen. Allerdings gibt Aylott zu bedenken, dass Wahlprogramme für Europawahlen recht „vague documents, without concrete objectives“ (ebd.) sind, die normalerweise nicht wie ihre nationalen Pendanten zu Kontroversen führen. Auch für diesen Bereich der organisatorischen Europäisierung muss folglich festgehalten werden, dass eine solche für die schwedischen Parteien nicht erkennbar ist.

3.2.3 Beziehungen zwischen den Parteien und ihren MEPs

Im Gegensatz zur bereits beschriebenen Autonomie der MEPs gegenüber der europäischen Exekutive wäre ein hoher Grad an Autonomie gegenüber ihren Parteien ein Hinweis für innerparteilichen Machtzuwachs. Im Vergleich zu Mitgliedern des Reichstages lässt die bloße physische Entfernung der MEPs zu den nationalen Vorgängen, welche Parteien durch Einladungen zu nationalen Fraktionssitzungen einzugrenzen versuchen, aber auch die deutlich geringere Anzahl sowohl an formellen Treffen als auch Kompetenzüberschneidungen der MEPs mit den Parteivorsitzenden, was deren Verhältnis entlastet, auf ein höheres Maß an Unabhängigkeit schließen. Jede Partei hat jedoch Mechanismen entwickelt, den Kontakt zu ihren MEPs zu intensivieren. Die Linkspartei hat sogenannte ‚große Treffen‘, halbjährlich stattfindende Tagungen der MEPs, des EU-Sekretariats, der Vertreter im *EU-nämd* und der Berater der Reichstagsfraktion in Europafragen, ins Leben gerufen (Aylott 2007: 178). Dabei wird die mittelfristige europäische Strategie der Partei diskutiert. Hinzu kommen gelegentliche Diskusstreffen der MPs und MEPs und wöchentliche Telefonate der MEPs mit dem EU-Sekretariat in Stockholm.

Die Initiativen einiger anderer Parteien gehen noch darüber hinaus. Die moderate ‚EU-Gruppe‘ trifft sich im Normalfall monatlich, das christdemokratische ‚EU-Forum‘ fast ebenso häufig. Eine vergleichbare Gruppe des Zentrums bezog zudem regionale Abgeordnete in die Treffen mit ein, ist aber seit 2001 nicht mehr aktiv. Die anderen drei Parteien haben keine solchen formellen Gruppen (ebd.).

Einen weiteren Aspekt der Beziehung zwischen den Parteien und ihren MEPs verdeutlicht die Aufstellung der Kandidaten für Wahlen zum Europäischen Parlament. Im Gegensatz zu den Reichstagskandidaten bestimmt nicht jeder einzelne Wahlkreis die Kandidaten. Stattdessen ist bei EP-Wahlen das komplette Königreich ein Wahlkreis und die Kandidatenauswahl erfolgt auf nationaler Ebene, was gewissermaßen zu einer Kontrolle der MEPs führt. Besonders deutlich wird das am Beispiel der Sozialdemokratischen Partei. Diese führt keine der bei den anderen Parteien üblichen Vorwahlen durch.²⁴ Zudem wird kein

24 Raunio (2002: 409) argumentiert jedoch, dass auch Vorwahlen nicht im Widerspruch zu Zentralisierung stehen, da „primaries and postal ballots atomizes membership participation, because the integrated national elite faces a disorganized mass of members“.

Wahlkomitee gewählt, was in den anderen Parteien Aufgabe eines Parteitagés ist, sondern der Parteisekretär selbst stellt die Kandidatenliste zusammen. Zwar liegt die letzte Entscheidung beim Parteirat²⁵, doch „any subsequent challenge to the list by the party council would thus have been interpreted as a challenge to the leadership’s authority“ (Aylott 2007: 170). Auf diese Weise verbleibt die Kandidatenkür der Sozialdemokraten zentralistisch. Zusätzlich müssen alle Kandidaten eine Erklärung unterzeichnen, dass diese dem Parteitag gegenüber verantwortlich sind und dort über ihre Arbeit berichten (ebd.: 178). Noch weit darüber hinaus geht eine weitere Erklärung, nach welcher die MEPs die Bestimmungen des Wahlprogrammes befolgen müssen (ebd.: 179). Blomgren (2003: 271) stellt in seiner Analyse des tatsächlichen Abstimmungsverhaltens der schwedischen MEPs heraus, dass sich diese im Falle eines inhaltlichen Konflikts zwischen den Positionen der nationalen und europäischen Partei in einem sehr großen Maße an die nationalen Vorgaben halten.²⁶

Somit ist die Annahme eines hohen Maßes an Autonomie der schwedischen MEPs letztlich durch ein Mehr an Kontrolle seitens der Parteiführung zu ersetzen. Denn gerade wenn die MEPs für die nächste Wahl erneut aufgestellt werden möchten, bedürfen sie aufgrund der Kandidatenkür auf nationaler Parteebene des Vertrauens des Vorstandes. Somit lässt sich auch in diesem Bereich kein Anzeichen organisatorischer Veränderungen zum Vorteil der EU-Spezialisten aufdecken.

Die Analyse der Europäisierung anhand organisatorischer Veränderungen in Parteien ergibt ein recht eindeutiges Ergebnis. In keinem der untersuchten Bereiche ist für die schwedischen EU-Spezialisten ein signifikanter Vorteil erkennbar. Es kann kein verbesserter Zugang zu Parteiressourcen festgestellt werden, da die meisten Parteien keine solchen zur Verfügung stellen. Die gesteigerte Ausrüstung der MEPs mit Finanzen und Mitarbeitern hat ihre Grundlage hingegen in den gestiegenen Zuwendungen des EPs. Auch ein gesteigener Einfluss der EU-Spezialisten auf Personaldebatten ist nicht erkennbar. Lediglich die eigenen Mitarbeiter dürfen in den meisten Parteien bestimmt wer-

25 Der Parteirat bildet von der Anzahl der Delegierten gerechnet eine Zwischenstufe von Parteivorstand und Parteitag und setzt sich auch aus Vertretern der regionalen Parteigruppen zusammen.

26 Dies wird aufgrund der geringen Anzahl von MEPs und des damit verbundenen schwachen Einflusses auf Entscheidungen im EP von den dortigen Parteigruppen meist toleriert (Blomgren 2003: 271).

den. Bis auf einzelne Ausnahmen gilt dieses Ergebnis ebenfalls für die Formulierung nationaler Parteiprogramme. Auf das Zustandekommen der Manifeste für Europawahlen haben die EU-Spezialisten zwar einen signifikanten Einfluss, es lässt sich jedoch kein Vorteil im Machtgefüge der Parteien ausmachen. Die Untersuchung der Autonomie der MEPs von ihren Parteien ergibt ebenfalls keine positiven Veränderungen für diese im organisatorischen Gerüst. Vielmehr lässt das Ergebnis vermuten, dass einige MEPs unter der Kontrolle ihres Parteivorstandes stehen.

Die übernommene Arbeitshypothese, nach welcher die gestiegene Relevanz der Mitarbeiter mit EU-Bezug zu einem besseren Zugang zu Ressourcen und Macht führen soll, ist demnach zu verwerfen.

3.3 Europäisierung anhand des Verhältnisses zur eigenen Regierung

Im Zuge der Europäischen Integration kann sich das Machtverhältnis von nationalen Parteien und ihrer Parteilite stark wandeln. Dies liegt vornehmlich in der Ausweitung der Kompetenzen der Führungsebene begründet, welche sich aus der Beteiligung im Europäischen Rat oder dem Rat der Europäischen Union ergibt. Im zeitlichen Rahmen der Untersuchung, vom Beitritt Schwedens zur EU 1995 bis zur Reichstagswahl 2006, hat lediglich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens die Exekutive gebildet. Aufgrund diverser innerparteilicher Änderungen setzt die Analyse am 22. März 1996, dem Amtsantritt Göran Perssons als Staatsminister, an, welcher bereits in seiner Zeit als Kommunalrat von Katrineholm²⁷ die Spitznamen *HSB*, *„Han som bestämmer“* (Er, der entscheidet), und *„Vingåkers Macchiavelli“*²⁸ erworben (Syvertsen 2005) hat. Diese Titel behielt er auch die zehn Jahre als Staatsminister von 1996 bis 2006. Es gelingt ihm in dieser Zeit, die Machtbalance in der Sozialdemokratischen Partei zu seinen Gunsten umzustrukturieren.

27 Dieses Amt bekleidete Persson von 1984-1989.

28 Nach seiner Geburtsstadt Vingåker in der Kommune Katrineholm, 150 km südwestlich von Stockholm.

3.3.1 Vorgehen und Operationalisierung

Wie sich bereits gezeigt hat, gestalten sich Erhebungen zur Machtfülle einzelner Mitglieder oder Organe in Parteien sehr schwierig. Daher ist es nicht verwunderlich, dass abgesehen vom Ausmaß an Ressourcen anhand der Anzahl von Mitarbeitern keine Kennzahlen für Zentralisierung vorliegen. Aus diesem Grund wird der gängigen Forschungspraxis (siehe Strøm/Müller/Bergman 2005; Bergman/Damgaard 2000; Aylott 2005) folgend mithilfe der Prinzipal-Agent-Theorie (PA) argumentiert, welche eine lineare Delegationskette vom Wähler über die Legislative zur Exekutive zeichnet (Müller 2000: 312). Da die jeweils beauftragten Agenten eigene Interessen verfolgen, „there is good reason to believe that the agent will not always act in the best interests of the principal“ (Jensen/Meckling 1976: 308). Zwei Konzeptionen der PA, „*hidden action*“ und „*hidden information*“ (Raunio 2002: 411), tragen dieser Unsicherheit Rechnung. Die erste bezeichnet das Problem des Prinzipals, die Aktivitäten des Agenten umfassend zu überprüfen. Die zweite meint, dass der Prinzipal keinen lückenlosen Einblick in die Motive, aber auch die Informationen des Agenten erhalten kann. Es ist zu erwarten, dass sich beide Probleme in einem Mehrebenensystem wie der EU besonders entfalten.

Parteien geben Einzelpersonen in Wahlen die Möglichkeit, sich mit einem Markennamen und einem umfassenden Programm zu präsentieren. So werden auch vollkommen unbekannte Kandidaten für potentielle Wähler im Rahmen der Parteipolitik einschätzbar, ihr Verhalten antizipierbar und sie letztlich wählbar. Die Partei schließt einen „*implicit contract*“ (Jones/Hudson 1998: 185) zwischen Wähler und Kandidaten. Nach der Wahl erhält der Wähler so die Sicherheit der politischen Kontrolle des Abgeordneten durch die Partei, welche er als Prinzipal selbst nicht zu leisten im Stande ist. Obgleich das Mandat des Abgeordneten frei ist, „it is generally accepted that parties are essential for making the democratic accountability of MPs meaningful“ (Müller 2000: 311). Die Kontrolle des Verhaltens der Abgeordneten bezieht sich auch auf deren Verhältnis zur Regierung. Auch ist ein parteilicher Einfluss auf die Regierungsebene vorstellbar, vor allem, wenn Minister mit der Regierungspartei verbunden sind und der Regierungschef Parteivorsitzender ist.

3.3.2 *Machtkonzentration Perssons ohne „EU-Effekt“*

Der entscheidende Faktor bezüglich der Autonomie des schwedischen Staatsministers ist seine uneingeschränkte Freiheit bei der Besetzung der Ministerämter, welche seit der Verfassungsreform 1974 konstitutionell festgeschrieben ist. Seine Suche beschränkt sich dabei weder auf Abgeordnete des Riksdags noch auf Mitglieder seiner Partei. So können Ministerposten mit jeweilig geeigneten Personen besetzt werden, die von der Regierungspartei unabhängig sind. Sie sind formal dem Parlament gegenüber verpflichtet und können durch dieses per Misstrauensvotum abgesetzt werden, brauchen aber keinerlei Unterstützung in der Partei. Jedoch entfaltete sich die Praxis, Ministerämter an Personen ohne parlamentarische Erfahrung zu vergeben, nicht erst durch Persson. Auch seine sozialdemokratischen Vorgänger Olof Palme und Ingvar Carlsson²⁹ besetzten nicht einmal die Hälfte ihres Kabinetts mit Parlamentariern (Ruin 1991: 64).³⁰ In Perssons Kabinett setzte sich dieser Trend fort. Von den 21 Ministern Perssons im Jahr 2005 besaßen 14 keinerlei parlamentarische Erfahrung (Aylott 2007: 181) und einigen fehlte selbst der sozialdemokratische Parteihintergrund.³¹ Indem Persson das Kabinett mit Fachleuten ohne parlamentarische Erfahrung besetzte, stärkte er seine eigene Unabhängigkeit und die seiner Regierung von seiner Partei. Das theoretische Problem, welches sich hieraus für die Sozialdemokraten ergibt, ist die Frage nach dem Prinzipal der Minister. Die Auswahl des Agenten ist ein grundlegendes Recht des Prinzipals. Ohne sie kann der implizite Vertrag zwischen dem Wähler und dem Agenten nicht geschlossen werden und die Parteien können keinen direkten Einfluss auf die Handlungen der Minister nehmen. Folglich kann der Prinzipal kein anderer als der Staatsminister sein (Aylott 2005: 185). Der Einfluss der Partei beschränkt sich auf die parlamentarische Kontrolle.

29 Olof Palme war Staatsminister von 1969 bis zur Abwahl der Sozialdemokraten 1976 und von der Wiederwahl 1982 bis zu seiner Ermordung 1986. Ingvar Carlsson regierte von 1986 bis zur Abwahl 1991 und von 1994 bis zu seinem Ruhestand 1996.

30 Für Palme gilt dies erst in seiner zweiten Amtszeit ab 1982. Die Minister seiner ersten Regierungszeit ‚erbte‘ er von seinem Vorgänger Tage Erlander (Staatsminister von 1946-1969).

31 Ein Beispiel ist Thomas Bodström, Perssons Justizminister von 2000 bis 2006. Erst am Tag seiner Nominierung trat dieser der Sozialdemokratischen Partei bei (Aylott 2007: 195).

Einen weiteren Umstand der Machtkonzentration kennzeichnet die Personalisierung von Wahlkämpfen. Holmberg (2000: 161 f.) untersucht unter anderem die Bekanntheit schwedischer Politiker und ermittelt, dass nur 44 % der Schweden mindestens einen Kandidaten ihres Wahlkreises für die Wahl 1998 benennen können. Die Bekanntheit der Parteivorsitzenden hingegen liegt bei 90-100 %. Die Frage, ob diese auch die Wahlentscheidung maßgeblich beeinflusst haben, beantworten hingegen nur 20 % positiv (ebd.: 176). Dieses Missverhältnis resultiert laut Aylott (2005: 188 f.) aus dem medialen Fokus, der naturgemäß auf einer Führungsperson liegt. So kommt er zu dem Schluss, dass weiterhin die Parteien und nicht deren Kandidaten „are still the most important units in elections“ (ebd.: 192). Die Personifizierung der Parteien durch ihren Vorsitzenden seitens der Medien beeinflusst die eigentliche Wahlentscheidung weit weniger als z.B. die Ideologie der Partei (41 %), deren Themen (32 %) und sogar die Gewohnheit (21 %) (Holmberg 2000: 176). Gleichwohl bleibt zu bedenken, dass hohe Popularitätswerte die Rolle des Vorsitzenden in der Partei festigen. Solange der Staatsminister beliebt und erfolgreich ist, sollte es den Parteigremien schwerfallen, ihn für unerwünschtes Verhalten effektiv abzustrafen oder gar abzusetzen. Dies lässt jedoch nicht den Schluss zu, dass eine geringe Beliebtheit bei Wählern ebenfalls kein Gewicht hat. Bei der Wahl 2006 hat der rapide Abfall der Popularität Perssons in Verbindung mit der sozialdemokratischen Strategie, diesen in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu stellen, zur Abwahl der sozialdemokratischen Regierung beigetragen (Jochem 2006: 13).

Auch das offizielle Ende der Zusammenarbeit der Sozialdemokraten mit der Dachgewerkschaft *Landsorganisationen* im Jahr 1990 hat nicht nur zu hohen Mitgliederverlusten geführt, sondern reiht sich in die Faktoren zur Stärkung der Position des Vorsitzenden ein. Gleichwohl gilt diese Einschätzung nicht im Vergleich zur Gewerkschaftsbindung sozialdemokratischer Parteien anderer Staaten, sondern nur im historischen Kontrast gegenüber der eigenen Partei. So ist die politische Abhängigkeit der schwedischen Sozialdemokraten von den Wünschen und Vorstellungen der *Landsorganisationen* heute wesentlich geringer als vor dem Ende der Kollektivmitgliedschaft (Aylott 2005: 186).

Folglich ist der Parteivorsitzende der wichtigste Agent für die Sozialdemokraten und ihr Einfluss auf seine Handlungen bleibt in einem großen Maße bestehen. Die Rolle als Kontrolleur im Sinne der Prinzipal-Agenten-Theorie kann somit bis zu seiner Person hin weitgehend

aufrecht erhalten werden. Das Verhältnis des Staatsministers zu seinen Ministern, die von seinem Vertrauen abhängig sind, wird letztlich die Einflussmöglichkeiten der Partei auf die gesamte Regierung charakterisieren. Hat der Regierungschef seine Agenten unter Kontrolle und verbleibt zeitgleich selbst Agent der Partei, wird ein indirekter Einfluss der Sozialdemokratischen Partei auf die Ressorts erkennbar.

3.3.3 *Machtkonzentration Perssons aufgrund des „EU-Effekts“*

Mit dem Eintritt der europäischen Ebene in nationale Entscheidungsprozesse unterliegt das grundlegende Verhältnis von Parteien als Prinzipale und der Regierungsmitglieder als Agenten erneut einem Wandlungsprozess, da sich diese mit den Institutionen der Europäischen Union verflechten (Bergman 2000: 415). Dies geschieht, indem die EU Souveränitätsrechte der Mitgliedsstaaten auf sich konzentriert, was einerseits einen weiteren Delegationsschritt, von den Mitgliedstaaten zur EU, hinzufügt. Dadurch erhöht sich die Anzahl von Prinzipalen und Agenten im Vergleich zum nationalen Rahmen erheblich. Andererseits steigt das Informationsdefizit der verschiedenen Prinzipale. Aylott, Morales und Ramiro (2007: 208) stellen fest, dass „parties have always had problems holding their ministers to account when the party is in government. European integration has thus aggravated a situation that already existed.“

In der Erwartung, dass die schwedischen Sozialdemokraten einen Einfluss auf die Regierung nur über ihren Vorsitzenden entwickeln können, bedarf es im Zuge der Informationsflut europäischer Verhandlungen im Ministerrat enormer Koordinationsfähigkeiten der Staatsministerkanzlei, um eine wirksame Lenkung der Regierung ermöglichen. Dies ist vor allem notwendig, weil Regierungspositionen für europäische Verhandlungen innerhalb kurzer Zeit formuliert werden müssen. Dies gilt zum einen, da sie möglichst noch vor der Sitzung des EU-Gremiums im *EU-nämd* vorgestellt werden müssen, zum anderen, da eine frühe, klare Position bessere Chancen auf die Gestaltung der gesamteuropäischen Entscheidung zulässt (Helgeland/Mattson 2000: 95).

Erfolgte im Rahmen der Vorbereitungen auf den EU-Beitritt Anfang der 1990er keine Änderungen der Kompetenzverteilung unter den Ministerien (ebd.: 93), was eine europäische Zuständigkeit eines jeden Ressorts für die ihm auf nationaler Ebene zufallenden Aufgaben mit sich brachte, änderte sich dies mit der Übernahme der Regierungsge-

schäfte durch Göran Persson im März 1996 grundlegend (Helgeland/Mattson 2000: 94). Zusätzlich zum EU-Sekretariat des Außenministeriums entstand eine Arbeitsgruppe für europäische Angelegenheiten, die dem Büro des Staatsministers unterstand und für die politische Koordination in EU-Fragen zuständig war. Drei Jahre später wurden die EU-Kompetenzen der einzelnen Ministerien auf eine einzige, Persson unterstellte Behörde transferiert. Dadurch klärten sich die undeutlichen Kompetenzabgrenzungen zum Außenministerium im Sinne des Staatsministers (Ruin 2000: 60).

Für die Abstimmung und Vorbereitung politischer Entscheidungen stehen dem Staatsminister persönliche Mitarbeiter zur Verfügung. Diese Machtressource hat sich unter Persson ausgeweitet. Waren 1994 noch 46 Mitarbeiter für die alltäglichen Regierungsgeschäfte zuständig, steigt diese Zahl bis zum Jahr 2002 auf 63 (Aylott 2005: 180). Auf diese Weise konnte Persson seinen Einfluss auf die Arbeitsweise der Minister in Europa deutlich ausbauen. Dies äußert sich unter anderem in einer verbesserten Kommunikation zwischen den beteiligten Ministerien im Vorfeld von Ministerratstreffen. Dies zeigt sich vor allem im Rahmen der Beratungsgruppe für EU-Fragen, in welcher sich zweiwöchentlich Vertreter der Büros des Staatsministers, des Außenministeriums und des Finanzministeriums treffen, um dringliche Fragen untereinander zu verhandeln. Interessant sind dabei vor allem die Regeln bezüglich der Entscheidungsgewalt. Können sich die drei Akteure bei einer Sachfrage auf keine gemeinsame Position einigen, findet diese Eingang in das nächste Treffen des gesamten Kabinetts. Wird auch dort keine Lösung gefunden, liegt die Entscheidung allein beim Staatsminister (Helgeland/Mattson 2000: 95). Bergman (2005: 609) schlussfolgert, dass „[t]he decision rule within the cabinet is best described as consensus defined by the PM“. Zwar führen die vielfältigen Aufgaben und Entscheidungsbeteiligungen, denen sich Minister in ihrer europäischen Arbeit ausgesetzt sehen, unausweichlich zu einem Informationsvorteil gegenüber dem Regierungschef („*hidden action*“). Es gelingt ihm aber, seine Agenten in einem Geflecht aus persönlicher Abhängigkeit, institutioneller Überwachung und eigener Entscheidungsbefugnisse weitgehend unter Kontrolle zu halten.

Das Hauptargument für eine Verschiebung des Machtverhältnisses zwischen den Sozialdemokraten und ihrem Vorsitzenden Persson besteht in seiner Mitgliedschaft im Europäischen Rat. Auf dessen Verhandlungen haben die Organisationen der Partei keinerlei direkten Einfluss, was zu einer starken Hierarchisierung von Entscheidungen führt

(Raunio 2002: 411). Für die Verhandlungen der einzelnen Minister im Rat der Europäischen Union gilt das in gleichem Maße. Eine effektive Kontrolle der Arbeit der schwedischen Regierung ist den Sozialdemokraten institutionell nur über die Arbeit des Parlaments, genauer des EU-nämnds möglich, welcher, wie erwähnt, seine Kontrollmechanismen kaum nutzt, da ein restriktives Mandat des Parlaments die schwedische Position in multilateralen Verhandlungen von vornherein schwächt (Helgeland/Mattson 2000: 88).

Einige Faktoren sprechen indes gegen eine absolute Machtstellung des Staatsministers in Europafragen. Denn trotz aller Informationsvorteile und Machtbefugnisse, die Persson im Laufe seiner Amtszeit aufbauen konnte, war die Grundlage dessen die Partei selbst. Göran Persson war, im Gegensatz zu einem Großteil seiner Minister, als Vorsitzender der Sozialdemokraten ein von ihr abhängiger Parteifunktionär. Dies gilt einerseits für erfolgreiche Wahlen und den Verbleib der Partei an der Macht, der zugleich das Fundament für seinen persönlichen Verbleib an der Macht bildet. Es gilt andererseits auch für den Zusammenhalt in der Partei, für welchen er verantwortlich ist. In diesem Zusammenhang kommen also die europaskeptische Bevölkerung und die innerparteiliche Spaltung der Sozialdemokraten zum Tragen. Auf beides muss der Staatsminister Acht geben, woraus sich letztlich doch ein Einfluss der Partei auf die Europapolitik begründet. Wenn gleich also eine deutliche Autonomie des Staatsministers in EU-Fragen zu erkennen ist, muss dieser die Bedürfnisse seiner Partei in das Entscheidungskalkül miteinbeziehen³². So lassen sich Beispiele zeigen, bei denen die integrationswillige Regierung entgegen der eigenen Präferenz handelte, um Stimmungen und Strömungen in der Partei gerecht zu werden. Dazu gehört die Behandlung der Einführung des Euro, sowohl der Verzicht 1999, als auch die Duldung eines Referendums im Jahr 2003 (Aylott 2007: 182). Ladrech (2002: 398) bezeichnet das Verhältnis von Parteien zur eigenen Regierung bezüglich der grundsätzlichen programmatischen Ausrichtung europäischer Politik als „push-pull“. Bei Themen, die einen starken Bezug zum Parteiprogramm haben, drängt die Partei auf eine größtmögliche Umsetzung der Parteiposition. Umgekehrt wird die Regierung zu kleinstmöglichen Positionen angehalten, wenn institutionelle Änderungen verhandelt

32 Aylott (2007: 181) nennt diesen Vorgang „partyness“, was mit Verparteilichung übersetzt werden kann.

werden, welche die Abgabe staatlicher Souveränitätsrechte erfordern. Daran hat auch Persson sich gehalten.

Zusammenfassend lässt sich eine Veränderung des Verhältnisses der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens zu ihrer Regierung durch den Beitritt zur Europäischen Union feststellen, wenngleich in begrenztem Umfang. Dies ergibt sich aus dem Vergleich der innerparteilichen Machtverhältnisse unter Ausschluss des EU-Einflusses mit denen, die sich aus der EU-Mitgliedschaft ergeben. Die Ernennung parlaments- und parteiferner Minister ist ein Machtinstrument des schwedischen Staatsministers, welches ihm bereits seit 1974 zur Verfügung stand. Sein volles Potential im Sinne des Informationsdefizits der Prinzipal-Agent-Theorie hat diese Praxis gleichwohl erst in Folge des EU-Beitritts erreicht. Durch die europäische Ebene hat sich die Gestaltungsvielfalt der Regierung, wie auch deren Informationsvorteil gegenüber ihrem Prinzipal, dem Parlament, immens gesteigert. Die zeitgleiche Zentralisierung der Entscheidungsgewalt bei europabezogenen Themen hat die persönliche Macht des Staatsministers zusätzlich erweitert.

Da allein die Partei und ihre Wähler die Basis dieser Macht stellen, ist weiterhin eine Wirkung derselben auf die Regierung erkennbar. Es bedarf dabei allerdings der Feststellung, dass sich das Ausmaß des Einflusses auf fundamentale Fragen der Europäischen Integration beschränkt und immer im Zusammenhang mit der aktuellen politischen und innerparteilichen Lage zu betrachten ist.³³ Die persönliche Machtbasis des Staatsministers hat sich durch die europäischen Verflechtungen erheblich erweitert, das Verhältnis zu seiner Partei sich verändert: "Although it is true that members of national government are democratically legitimized, they nevertheless operate one step further away from their principals in parliament when they are part of EU decision-making bodies" (Carter/Luther/Poguntke 2007: 20).

33 So sollte die Entscheidung über den Vertrag über eine Verfassung für Europa trotz innerparteilicher Bedenken ohne Referendum durchgeführt werden (Aylott 2007: 182). Aufgrund der ablehnenden Volksentscheide am 29. Mai in Frankreich und am 1. Juni 2005 in den Niederlanden wurde die Abstimmung im Reichstag abgesagt.

4. Fazit und Ausblick

Die Untersuchung der Europäisierung anhand der Strukturen von Parteienkonkurrenz konnte zeigen, dass es den europakritischen Parteien nicht gelingt, die in der Bevölkerung vorhandene Europaskepsis in nationalen Wahlen für sich zu nutzen. Stattdessen erreichten die europafreundlichen Parteien eine Abtrennung des Themas EU von der nationalen Wahlentscheidung der Bürger. So bündelte sich die Unzufriedenheit gegenüber der schwedischen Europapolitik in Wahlen zum Europäischen Parlament und europarelevanten Referenden. Daraus ergibt sich zwar einerseits eine Form innenpolitischer Ruhe, andererseits aber immense Unterschiede zwischen nationalen und europäischen Wahlergebnissen der Parteien (vgl. SCB 2004; SCB 2005).

Die Betrachtung der innerparteilichen Spaltung von Sozialdemokraten, Christdemokraten und der Zentrumspartei in der Europafrage lieferte ebenfalls keine Ergebnisse, aus denen sich eine wachsende Bedeutung der Konfliktlinie Pro-Kontra-EU oder gar eine Überlagerung des bestehenden Rechts-Links-Cleavages nachweisen ließ.

Ähnlich gering fiel der europäische Einfluss auf die interne Organisation von Parteien aus. So ließen sich für die schwedischen EU-Spezialisten keine Vorteile bezüglich der innerparteilichen Machtstruktur erkennen, die aufgrund ihres europäischen Arbeitsbezugs zu Stande kommen. Die einzige erkennbare Ausweitung der Kompetenzen erfahren sowohl MEPs als auch nichtgewählte Mitarbeiter der Parteien in der Ausarbeitung von Wahlprogrammen für Europawahlen und, in zwei Parteien, für europabezogene Teile von Programmen zu Reichstagswahlen. Ein signifikanter Anstieg nicht nur der Bedeutung, sondern auch des innerparteilichen Einflusses der EU-Spezialisten blieb bislang jedoch aus. Stattdessen führt, wie am Beispiel der Sozialdemokratischen Partei beobachtet werden konnte, die Nominierung der Kandidaten für die Wahl des Europäischen Parlaments zu einer steigenden Abhängigkeit derselben von der Parteiführung.³⁴ Aus dem Einfluss der Partielite folgt, dass sie selbst zu einem nationalen Prinzipal der MEPs wird. Die Parteiführung ist somit bereits sehr stark in EU-Fragen involviert, unabhängig von der Beteiligung an der schwedischen Regierung.

34 Dies gilt ebenso für die anderen Parteien, vgl. Raunio (2002: 409).

Bezüglich des Verhältnisses der Regierung zur eigenen Partei konnte für die Regierungszeit von Göran Persson von 1996-2006 eine Europäisierung der der Partieliten festgestellt werden, da die Autonomie des Staatsministers und seines Kabinetts gegenüber seiner Partei zu einem Teil durch den Integrationsprozess begründet werden kann. Die Stärkung der nationalen Exekutive ist laut Maurer, Mittag und Wessels (2003: 67) ein in allen Mitgliedsländern der EU vernehmbares Phänomen. Die Mitgliedschaft im Europäischen Rat und die entsprechend wichtige Stellung im europäischen Entscheidungsprozess verleihen den Ministerpräsidenten auch im nationalen Kontext einen zusätzlichen Machtzuwachs. Dies gilt auch für die Beziehung zu ihren Ministern. Diese generellen Erkenntnisse konnten für den schwedischen Staatsminister bestätigt werden. Die Umstrukturierung der europapolitischen Ressourcenverteilung führte zu einer Zentralisierung der Entscheidungsbefugnisse in seiner Person. Aufgrund der unbeschränkten Besetzungsgewalt der schwedischen Ministerämter, welche kein Produkt der Europäischen Integration darstellt, und den resultierenden Abhängigkeiten, gilt die Loyalität der schwedischen Ressortchefs dem Staatsminister und nicht der Partei. Zusammen mit dem immensen Informationsvorteil, den die Minister der europäisch relevanten Ressorts aufgrund ihrer Beteiligung im Ministerrat entwickeln, ergibt sich ein hoher Grad an Autonomie der Regierung von der Partei. Wie gezeigt werden konnte, benötigte Persson in seiner Doppelrolle als Regierungschef und Parteivorsitzender dennoch das Vertrauen und die Unterstützung der Partei, die daher in grundlegenden Fragen der Europäischen Integration einen fortwährenden Einfluss aufrecht erhalten kann. Trotz dieser Einschränkung hat sich das Verhältnis zwischen der sozialdemokratischen Regierungspartei und dem schwedischen Staatsminister Persson in seinen zehn Amtsjahren erheblich gewandelt. Die Grundlage für dessen erweiterte nationale Machtbasis bildet die starke Einbindung in die europäische Entscheidungsebene. Es handelt sich daher eindeutig um einen Europäisierungsprozess.

In der Rückschau auf die anfangs formulierten Fragen lassen sich einige davon beantworten, andere bedürfen weitergehender Analysen.³⁵ Auf der Grundlage der zentralen Ergebnisse des Discussion Papers kann den schwedischen Parteien zusammenfassend bescheinigt

35 So etwa die Fragen bezüglich der Legitimation und Verantwortlichkeit supranationaler Entscheidungen, denen in diesem Working-Paper nicht weiter nachgegangen wurde.

werden, außerordentlich resistent gegenüber den Einflüssen der Europäischen Integration zu sein. Weder hat sich die EU-Frage als dominante Konfliktlinie unter den Parteien etablieren können, noch werden organisatorische Veränderungen erkennbar, welche die innerparteiliche Rolle von EU-Spezialisten stärken. Im Umfang dieser Studie konnten einzig Regierungsmitglieder als tatsächliche ‚Gewinner‘ der Europäischen Integration im Sinne einer parteiinternen Machtausweitung herausgestellt werden.

Es bedarf nun abschließend einer Analyse, inwieweit die schwedischen Parteien unter diesen Voraussetzungen ihre grundlegenden Aufgaben ausfüllen können. Die Frage nach der Aggregation von Interessen der Bürger sowie deren Bündelung in Parteiprogrammen steht dabei nicht im Vordergrund. Vielmehr gilt es zum einen zu untersuchen, ob Parteien weiterhin als Verbindungsglied zwischen dem Volk und den Repräsentanten anzusehen sind, ob sie zum anderen ihrer Rekrutierungsfunktion nachkommen und ob sie drittens der Wählerschaft noch die Kontrolle der Parlamentarier und Regierenden bieten können. Bezüglich der Rekrutierungs- und Ausbildungsfunktion von Nachwuchskräften für politische Staatsämter lassen sich nur indirekt Veränderungen in den Parteien mit der Integration verknüpfen. Erneut ist es vor allem die von Persson stark genutzte Ernennungsfreiheit seiner Minister, die zu einem Wandel führt.³⁶ Rothstein sieht die Gefahr, dass zukünftige politisch interessierte Generationen den Weg zur Macht nicht mehr über die Parteien einschlagen, sondern als Bürokraten die Nähe zum Regierungschef suchen (Hennel 2002).³⁷ Diese Vision kann jedoch als übertrieben bezeichnet werden, da selbst für eine dem Staatsminister nahestehende Koryphäe eines Arbeitsbereiches die Wahrscheinlichkeit, tatsächlich als Minister ausgewählt zu werden, nicht sehr hoch ist und die Bereitschaft für eine Lebensplanung mit sehr vielen Unbekannten voraussetzt. Dessen ungeachtet sind sowohl das Amt des Staatsministers als auch die nationalen wie europäischen Parlamentsmandate weiterhin mit Parteimitgliedern zu besetzende Stellen.

36 Persson gab als Erklärung für seine Entscheidungen im Übrigen öffentlich bekannt, dass es innerhalb der Arbeiterbewegung an ‚ministerialem Talent‘ fehle (Aylott 2005: 185).

37 Rothstein bezeichnet diese Mischung aus Politikern und Bürokraten, zu denen er auch den Migrationsminister, den Finanzminister und die Agrarministerin in Perssons Kabinett zählt, als „Polikraten“.

Die Möglichkeiten von Parteien, dem Wähler auch im europäischen Kontext ein gewisses Maß an Kontrolle der gewählten Parlamentarier zu garantieren, wurden bereits angesprochen. Analog zum „implicit contract“ (Jones/Hudson 1998: 185) zwischen Wähler und Abgeordneten auf der nationalen Ebene, gestaltet sich, aufgrund der Verantwortlichkeit der MEPs gegenüber dem Parteitag und der Erklärung zur Einhaltung des Parteiprogrammes, auch das Verhältnis zwischen der Partei und den Europaabgeordneten.

Zusammenfassend können die schwedischen Parteien auch in der von der Europäischen Union geprägten Umgebung ihre grundlegenden Funktionen weiter ausüben. Die klassische Beschränkung der Aufgaben auf die Ebene von Nationalstaaten, wie in der Einleitung konstatiert, gilt somit nicht.

Abschließend soll ein Blick auf die Debatte der schwedischen Parteien nach der Reichstagswahl 2006 und im Vorfeld dergleichen im Herbst 2010 geworfen werden.

Es zeigt sich dabei, dass einige Voraussetzungen der beschriebenen Ergebnisse einem Wechsel unterworfen sind. Deutlich wird dies an der Regierungsarbeit des neuen Ministerpräsidenten Fredrik Reinfeldt. Dieser steht, im Gegensatz zu Persson, nicht einer Einpartei-Minderheitsregierung vor, sondern führt eine Koalition aus Moderaten, Liberalen, Christdemokraten und dem Zentrum. In dieser Situation stellt es sich für ihn wesentlich schwieriger als für seinen Vorgänger dar, die Minister ausschließlich nach persönlichem Vertrauen in sein Kabinett zu berufen. Tatsächlich hat jedes Mitglied der aktuellen schwedischen Regierung eine langjährige Karriere in einer der vier Parteien vorzuweisen (Regierung 2010). Unverändert gilt jedoch die übergeordnete Stellung des Staatsministers in Europafragen. So hat die Regierung Reinfeldt mit dem EU-Minister ein neues Amt geschaffen, welches direkt dem Staatsminister untersteht (ebd.).

Die drei linken Parteien, Linke, Grüne und Sozialdemokraten haben im Dezember 2008 die Strategie der bürgerlichen Parteien von der Wahl 2006 adaptiert und eine „vertiefte rot-grüne Zusammenarbeit mit dem Ziel [...] einer gemeinsamen Koalitionsregierung nach der Wahl 2010“ (SAP 2008) vereinbart. Sie nennen sich „Die Rot-Grünen“. Zwei Monate zuvor sollte das Wahlbündnis aufgrund der Unvereinbarkeit der wirtschaftspolitischen Position lediglich aus Sozialdemokraten und Grünen bestehen, doch die Linken drängten auf eine

Beteiligung und verzichteten schließlich auf sämtliche Forderungen für die Sondierungsgespräche (Nilsson 2008).

Interessant für die vorliegende Arbeit ist die erste Koalitionsaussage der Sozialdemokraten seit ihrem Bestehen vornehmlich aufgrund der Frage, welche Einstellung der linke Block gegenüber der Europäischen Union einnehmen wird. Die damalige EU-Ministerin Malmström kritisierte, dass in diesem Bereich bislang keine klare Positionierung zu erkennen sei (Malmström 2009). Laut der Replik der Linkspartei ist die Partei weiterhin gegen die EU und „will nicht, dass mehr Macht an deren Institutionen überführt wird“ (Svensson/Holm 2009). Allerdings erkenne die Partei das Referendum von 1994 an und werde in einer etwaigen Regierungsrolle daher „so gut wie möglich“ mit der EU zusammenarbeiten (ebd.). Die Grünen hatten sich bereits Ende des letzten Jahres ähnlich geäußert (SAP 2008).

Was somit geschieht, ist die Aufgabe des Widerstandes gegen die Europäische Union von Seiten der beiden europakritischen Parteien, um eine nationale Koalition eingehen zu können. Daraus lässt sich eine klare Abkehr von der Konfliktlinie pro-kontra-EU erkennen und damit eine Nicht-Europäisierung der schwedischen Parteien anhand der Struktur der Parteienkonkurrenz. Diese Entwicklung entspricht im Groben der öffentlichen Meinung in Schweden. Die aktuelle Zustimmung gegenüber der Europäischen Union im schwedischen Volk ist mit knapp 60 % auf dem höchsten Stand aller Zeiten (Europäische Kommission 2009). Zugleich nehmen auch die EU-Sympathien der Anhänger aller Parteien stetig zu.³⁸ Die weitere Entwicklung der schwedischen Parteien wird daher allem Anschein nach von einer stärkeren Offenheit gegenüber einer weiteren Europäischen Integration Schwedens geprägt sein. Diese Einschätzung gilt unabhängig von dem tatsächlichen Wahlausgang der Reichstagswahl 2010.³⁹

38 Siehe Abbildung 2.

39 Siehe dazu die aktuellen Meinungsumfragen zur Wahl 2010 in Abbildung 3. Es bleibt abzuwarten, ob es allen vier Regierungsparteien gelingen wird, die 4 %-Hürde zu überspringen. Auch die rechtspopulistischen Schwedendemokraten (*Sverigedemokraterna*) könnten in den Reichstag einziehen und zum Zünglein an der Waage zwischen den Blöcken werden.

Literaturverzeichnis

- Axt, Heinz-Jürgen/Milososki, Antonio/Schwarz, Oliver* (2007), Europäisierung – ein weites Feld. Literaturbericht und Forschungsfragen, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS), Jahrg. 48, H. 1, S. 136-149.
- Aylott, Nicholas* (1999), Swedish Social Democracy and European Integration. The People's Home on the Market. Aldershot: Ashgate.
- Aylott, Nicholas* (2002a), Let's Discuss This Later. Party Responses to Euro-Division in Scandinavia, in: Party Politics, Jahrg. 8, H. 4, S. 441-461.
- Aylott, Nicholas* (2002b), The Domestic Perspective. Impact on Swedish Party Politics, in: Cooperation and Conflict, Jahrg. 37, H. 2, S. 219-226.
- Aylott, Nicholas* (2005), 'President Persson' – How Did Sweden Get Him?, in: Poguntke, Thomas/Webb, Paul (Hrsg.), The Presidentialization of Politics: A Comparative Study of Modern Democracies. Oxford: Oxford University Press, S. 176-198.
- Aylott, Nicholas* (2007), A Long, Slow March to Europe. The Europeanization of Swedish Political Parties, in: Poguntke, Thomas/Aylott, Nicholas/Carter, Elisabeth/Ladrech, Robert/Luther, Kurt R. (Hrsg.), The Europeanization of National Political Parties. Power and Organizational Adaptation. New York: Routledge, S. 162-189.
- Aylott, Nicholas/Blomgren, Magnus* (2007), Political Parties, Delegation and Europeanization. A Conceptual Framework. EUSA conference 15.-17. Mai 2007. Montreal. Online verfügbar unter: <http://aei.pitt.edu/7688/01/aylott-n-11h.pdf>, zuletzt geprüft am 12.03. 2009.
- Aylott, Nicholas/Morales, Laura/Ramiro, Luis* (2007), Some Things Change, A Lot Stays the Same. Comparing the Country Studies, in: Poguntke, Thomas/Aylott, Nicholas/Carter, Elisabeth/Ladrech, Robert/Luther, Kurt R. (Hrsg.), The Europeanization of National Political Parties. Power and Organizational Adaptation. New York: Routledge, S. 190-210.
- Bartolini, Stefano* (2005), Restructuring Europe. Centre Formation, System Building, and Political Structuring Between the Nation State and the European Union. Oxford, New York: Oxford University Press.

- Bennulf, Martin/Holmberg, Sören* (1990), The Green Breakthrough in Sweden, in: *Scandinavian Political Studies*, Jahrg. 13, H. 2, S. 165-184.
- Bergman, Torbjörn* (2000), The European Union as the Next Step of Delegation and Accountability, in: *European Journal of Political Research*, Jahrg. 37, H. 3, S. 415-429.
- Bergman, Torbjörn* (2005), Sweden. From Separation of Power to Parliamentary Supremacy – and Back Again?, in: *Strøm, Kaare/Müller, Wolfgang C./Bergman, Torbjörn* (Hrsg.), *Delegation and Accountability in Parliamentary Democracies*. Nachdruck der Aufl. 2003, Oxford: Oxford University Press, S. 594-619.
- Bergman, Torbjörn/Damgaard, Erik* (Hrsg.) (2000), *Delegation and Accountability in European Integration. The Nordic Parliamentary Democracies and the European Union*. London: Frank Cass.
- Bergström, Hans* (1991), Sweden's Politics and Party System at the Crossroads, in: *West European Politics*, Jahrg. 14, H. 3, S. 8-30.
- Beyers, Jan/Kerremans, Bart* (2004), Bureaucrats, Politicians, and Societal Interests. How Is European Policy Making Politicized?, in: *Comparative Political Studies*, Jahrg. 37, H. 10, S. 1119-1151.
- Blomgren, Magnus* (2003), *Cross-Pressure and Political Representation in Europe. A Comparative Study of MEPs and the Intra-Party Arena*. Umeå: Umeå Universitet.
- Budge, Ian/Robertson, David/Hearl, Derek* (Hrsg.) (1987), *Ideology, Strategy and Party Change. Spatial Analyses of Post-War Election Programmes in 19 Democracies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Carter, Elisabeth/Luther, Kurt R./Poguntke, Thomas* (2007), European Integration and Internal Party Dynamics, in: *Poguntke, Thomas/Aylott, Nicholas/Carter, Elisabeth/Ladrech, Robert/Luther, Kurt R.* (Hrsg.), *The Europeanization of National Political Parties. Power and Organizational Adaptation*. New York: Routledge, S. 1-27.
- Cowles, Maria G./Caporaso, James/Risse, Thomas* (Hrsg.) (2001), *Transforming Europe. Europeanization and Domestic Change*. Ithaca N.Y.: Cornell University Press.
- Eriksson, Leif* (2007), *Varför uppkommer nya partier? En motivanalys av Miljöpartiet och Junilistans bildande*. Magisteruppsats i statsvetenskap. Stockholm: Södertörns Högskola. Online verfügbar unter:

http://www.diva-portal.org/diva/getDocument?_urn_nbn_se_sh_diva-1722-1__fulltext.pdf, zuletzt geprüft am 13.12.2008.

Europäische Kommission (1996), Eurobarometer 45. Table 1. Online verfügbar unter:

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb45/tables/chapter_1.pdf, zuletzt geprüft am 14.03.2010.

Europäische Kommission (2009), Eurobarometer 72. Table of Results. Online verfügbar unter:

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb72/eb72_anx_en.pdf, zuletzt geprüft am 14.03.2010.

Europäisches Parlament (2010), Abgeordneten-Vergütung. Online verfügbar unter:

<http://www.europarl.europa.eu/parliament/expert/staticDisplay.do?id=39&language=de&pageRank=2>, zuletzt geprüft am 12.07.2010.

Featherstone, Kevin/Radaelli, Claudio M. (Hrsg.) (2003), *The Politics of Europeanization*. Oxford, New York: Oxford University Press.

Finansdepartementet (2008), Budgetpropositionen för 2009. Utgiftsområde 1: Rikets styrelse. Online verfügbar unter:

<http://www.regeringen.se/content/1/c6/11/16/79/c4f034ed.pdf>, zuletzt geprüft am 12.07.2010.

Goetz, Klaus H./Hix, Simon (Hrsg.) (2000), *Europeanised Politics. European Integration and National Political Systems*. London: Frank Cass.

Grabbe, Heather (2003), *Europeanization Goes East. Power and Uncertainty in the EU Accession Process*, in: *Featherstone, Kevin/Radaelli, Claudio M.* (Hrsg.), *The Politics of Europeanization*. Oxford, New York: Oxford University Press, S. 303-327.

Helgeland, Hans (2001), *The Parliament in Sweden. A Successful Adapter in the European Arena*, in: *Maurer, Andreas/Wessels, Wolfgang* (Hrsg.), *National Parliaments on their Ways to Europe. Losers or Latecomers*. Baden-Baden: Nomos, S. 377-394.

Helgeland, Hans/Mattson, Ingvar (2000), *Another Link in the Chain. The Effects of EU Membership on Delegation and Accountability in Sweden*, in: *Bergman, Torbjörn/Damgaard, Erik* (Hrsg.), *Delegation and Accountability in European Integration. The Nordic Parliamentary Democracies and the European Union*. London: Frank Cass, S. 81-104.

- Hennel, Lena* (2002), Politiker utan folkligt mandat blir allt fler, in: Svenska Dagbladet, 16.11.2002, S. 4. Online verfügbar unter: http://www.svd.se/nyheter/inrikes/artikel_72034.svd, zuletzt geprüft am 21.01.2010.
- Hix, Simon* (1999a), Dimensions and Alignments in European Union Politics. Cognitive Constraints and Partisan Responses, in: European Journal of Political Research, Jahrg. 35, H. 1, S. 69-106.
- Hix, Simon* (1999b), The Political System of the European Union. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Hix, Simon* (2002), Parliamentary Behavior with Two Principals. Preferences, Parties, and Voting in the European Parliament, in: American Journal of Political Science, Jahrg. 46, H. 3, S. 688-698.
- Holmberg, Sören* (2000), Välja parti. Stockholm: Norstedts juridik.
- Hooghe, Liesbet/Marks, Gary/Wilson, Carole J.* (2004), Does Left/Right Structure Party Positioning on European Integration?, in: Marks, Gary/Steenbergen, Marco R. (Hrsg.), European Integration and Political Conflict. Cambridge: Cambridge University Press, S. 120-140.
- Huber, John/Inglehart, Ronald* (1995), Expert Interpretations of Party Space and Party Locations in 42 Societies, in: Party Politics, Jahrg. 1, H. 1, S. 73-111.
- Huldt, Bo* (1996), Schweden und die Europäische Union, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 10, S. 18-26.
- Jahn, Detlef* (1999), Der Einfluß von Cleavage-Strukturen auf die Standpunkte der skandinavischen Parteien über den Beitritt zur Europäischen Union, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS), Jahrg. 40, H. 4, S. 565-590.
- Jahn, Detlef* (2009), Das politische System Schwedens), in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.), Die politischen Systeme Westeuropas. 4. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 107-149.
- Jensen, Michael/Meckling, William* (1976), Theory of the Firm. Managerial Behavior, Agency Costs, and Ownership Structure, in: Journal of Financial Economics, Jahrg. 3, H. 4, S. 305-360.
- Jochem, Sven* (2006), Die Reichstagswahl 2006. Eine Zäsur in der schwedischen Parteiengeschichte, in: NORDEUROPAforum, H. 2, S. 5-24.

- Jones, Philip/Hudson, John* (1998), The Role of Political Parties: An Analysis Based on Transaction Costs, in: *Public Choice*, Jahrg. 94, H. 1-2, S. 175-189.
- Juniliste (2008), Junilistans idéprogram. Online verfügbar unter: http://www.junilistan.se/files/081125/junilistans_idprogram_2008.pdf, zuletzt aktualisiert am 15.02.2009.
- Kapsis, Ilias* (2007), The Courts of the European Union, in: Cini, Michelle (Hrsg.), *European Union politics*. 2. Aufl. Oxford; New York: Oxford University Press, S. 188-201.
- Katz, Richard S./Wessels, Bernhard* (1999), Parliaments and Democracy in Europe in the Era of the Euro, in: Katz, Richard S./Wessels, Bernhard (Hrsg.), *The European Parliament, National Parliaments and European Integration*. Oxford: Oxford University Press, S. 231-247.
- Kelemen, Daniel R.* (2002), The Politics of Eurocratic Structure and the New European Agencies, in: *West European Politics*, Jahrg. 25, H. 4, S. 93-118.
- Kite, Cynthia* (1996), *Scandinavia Faces EU. Debates and Decisions on Membership 1961 – 1994*. Umeå: Umeå Universitet.
- Ladrech, Robert* (1994), Europeanization of Domestic Politics and Institutions. The Case of France, in: *Journal of Common Market Studies*, Jahrg. 32, H. 1, S. 69-88.
- Ladrech, Robert* (2002), Europeanization and Political Parties. Towards a Framework for Analysis, in: *Party Politics*, Jahrg. 8, H. 4, S. 389-403.
- Ladrech, Robert* (2007), National Political Parties and European Governance. The Consequences of 'Missing in Action', in: *West European Politics*, Jahrg. 30, H. 5, S. 945-960.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein* (1967), Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments. An Introduction, in: Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*. New York: Free Press, S. 1-64.
- Magnusson, Åke/Lindahl, Ingrid* (2005), *Svenska riksdagspartier och politiska ungdomsförbund om EU*. Göteborg: Global forum.
- Mair, Peter* (2000), The Limited Impact of Europe on National Party Systems, in: *West European Politics*, Jahrg. 23, H. 4, S. 27-51.

- Mair, Peter* (2004), The Europeanization Dimension, in: *Journal of European Public Policy*, Jahrg. 11, H. 2, S. 337-348.
- Mair, Peter* (2007), Political Parties and Party Systems, in: Graziano, Paolo/Vink, Maarten P. (Hrsg.), *Europeanization. New research agendas*. Houndmills Basingstoke Hampshire England, New York: Palgrave Macmillan, S. 154-166.
- Malmström, Cecilia* (2009), De rödgrönas EU-politik är oklar, in: *Göteborgs-Posten*, 16.01.2009. Online verfügbar unter: [http://www.gp.se/gp/jsp/Cross link.jsp?d=114&a=470445](http://www.gp.se/gp/jsp/Cross%20link.jsp?d=114&a=470445), zuletzt geprüft am 23.01.2009.
- Maurer, Andreas/Mittag, Jürgen/Wessels, Wolfgang* (2003), National Systems' Adaption to the EU System. Trends, Offers, and Constraints, in: Kohler-Koch, Beate (Hrsg.), *Linking EU and national governance*. Oxford: Oxford University Press, S. 53-81.
- Miles, Lee (1997), *Sweden and European integration*. Aldershot: Ashgate.
- Müller, Wolfgang C.* (2000), Political Parties in Parliamentary Democracies. Making Delegation and Accountability Work, in: *European Journal of Political Research*, Jahrg. 37, H. 3, S. 303-333.
- Nelsen, Brent F./Guth, James L./Fraser, Cleveland R.* (2001), Does Religion Matter? Christianity and Public Support for the European Union, in: *European Union Politics*, Jahrg. 2, H. 2, S. 191-217.
- Nilsson, Kerstin* (2008), (V)i vill vara med i gänget, in: *Aftonbladet*, 19.10.2008, S. 2. Online verfügbar unter: <http://www.aftonbladet.se/nyheter/article3571530.ab>, zuletzt geprüft am 28.01.2009.
- Pappi, Franz Urban/Schmitt, Hermann* (1994), Die skandinavischen Demokratien als Untersuchungsobjekt der vergleichenden Regierungsforschung. Eine Einleitung in systematischer Absicht, in: Pappi, Franz U./Schmitt, Hermann (Hrsg.), *Parteien, Parlamente und Wahlen in Skandinavien*. Frankfurt, New York: Campus, S. 9-28.
- Parsons, Craig* (2007), Puzzling out the EU Role in National Politics, in: *Journal of European Public Policy*, Jahrg. 14, H. 7, S. 1135-1149.
- Parteien (2010), Partisekreterare och Medlemmar av Partistyrelsen. Online verfügbar unter: <http://www.folkpartiet.se/Vara-politiker/>;
[http://www.kristdemokraterna.se/VartParti/Sa ArViOrganiserade](http://www.kristdemokraterna.se/VartParti/SaArViOrganiserade);

http://www.vansterpartiet.se/index.php?option=com_content&view=article&id=2769:vaensterpartiet-valde-nytt-verkstaellande-utskott-&catid=322:rigt&Itemid=246; http://www.mp.se/templates/Mct_177.aspx?number=177681&T=2&ID=655,
zuletzt geprüft am 22.06.2010.

Petersson, Olof (2000), Svensk Europadebatt. Online verfügbar unter: http://www.notre-europe.eu/uploads/tx_publication/Etud12-se_03.pdf,
zuletzt geprüft am 22.04.2009.

Phinnemore, David (2007), Towards European Union, in: Cini, Michelle (Hrsg.), European Union politics. 2. Aufl. Oxford; New York: Oxford University Press, S. 30-45.

Poguntke, Thomas/Aylott, Nicholas/Carter, Elisabeth, et al. (Hrsg.) (2007a), The Europeanization of National Political Parties. Power and Organizational Adaptation. New York: Routledge.

Poguntke, Thomas/Aylott, Nicholas/Ladrech, Robert/Luther, Kurt R. (2007b), The Europeanisation of National Party Organisations. A Conceptual Analysis, in: European Journal of Political Research, Jahrg. 46, H. 6, S. 747-771.

Raunio, Tapio (2002), Why European Integration Increases Leadership Autonomy within Political Parties, in: Party Politics, Jahrg. 8, H. 4, S. 405-422.

Raunio, Tapio (2005), Holding Governments Accountable in European Affairs: Explaining Cross-national Variation, in: Journal of Legislative Studies, Jahrg. 11, H. 3/4, S. 319-342.

Ray, Leonard (1999), Measuring Party Orientations Towards European Integration. Results from an Expert Survey, in: European Journal of Political Research, Jahrg. 36, H. 2, S. 283-306.

Regierung (2010), Statsministern och statsråden. Online verfügbar unter: <http://www.regeringen.se/sb/d/113>, zuletzt geprüft am 27.05.2010.

Riksdag (2008), Riksdagsordning. Online verfügbar unter: http://www.riksdagen.se/templates/R_Page_6056.aspx,
zuletzt geprüft am 21.03.2009.

Ruin, Olof (1991), Three Swedish Prime Ministers. Tage Erlander, Olof Palme and Ingvar Carlsson, in: West European Politics, Jahrg. 14, H. 3, S. 58-82.

- Ruin, Olof* (2000), The Europeanization of Swedish Politics, in: Miles, Lee (Hrsg.), Sweden and the European Union Evaluated. London: Continuum, S. 51-65.
- SAP – Socialdemokratiska Arbetarepartiet (2008), Ett rödgrönt samarbete för framtiden. Online verfügbar unter:
<http://www.socialdemokraterna.se/Media/Senaste-nytt/Ett-rodgront-samarbete-for-framtiden/>, zuletzt geprüft am 28.01.2009.
- Sartori, Giovanni* (1976), Parties and Party Systems. A Framework for Analysis. Cambridge: Cambridge University Press.
- SCB – Statistiska Centralbyrån (2004), Valet till Europaparlamentet 1995, 1999 och 2004. Röstande i procent av röstberättigade och giltiga valsedlars procentuella fördelning efter parti. Online verfügbar unter:
http://www.scb.se/templates/tableOrChart_77138.asp,
zuletzt geprüft am 17.03.2010.
- SCB – Statistiska Centralbyrån (2005), Sysselsättning och arbetslöshet 1976-2004. Herausgegeben von Avdelningen för arbetsmarknads- och utbildningsstatistik. Online verfügbar unter:
http://www.scb.se/statistik/AM/AM0401/Sysselsattning_och_arbetsloshet_1975-2004.pdf, zuletzt geprüft am 17.03.2010.
- SCB – Statistiska Centralbyrån (2006), Historisk statistik över valåren 1910 – 2006. Procentuell fördelning av giltiga valsedlar efter parti och typ av val. Online verfügbar unter:
http://www.scb.se/templates/tableOrChart_32065.asp,
zuletzt geprüft am 17.03.2010.
- Schmitt, Herrmann/Thomassen, Jacques* (Hrsg.) (1999), Political Representation and Legitimacy in the European Union. Oxford: Oxford University Press.
- Strøm, Kaare/Müller, Wolfgang C./Bergman, Torbjörn* (Hrsg.) (2005), Delegation and Accountability in Parliamentary Democracies. Nachdruck der Aufl. 2003. Oxford: Oxford University Press.
- Svensson, Eva-Britt/Holm, Jens* (2009), Replik. Rödgrönt EU-samarbete inga problem, in: Göteborgs-Posten, 23.01.2009. Online verfügbar unter:
<http://www.gp.se/gp/jsp/Crosslink.jsp?d=114&a=472021>,
zuletzt geprüft am 23.01.2009.

- Syvertsen, Atle (2005), Persson tenker høyt, in: Aftenposten, 20.04.2005, S. 16. Online verfügbar unter:
http://www.aftenposten.no/meninger/kommentarer/article_1021729.ece?service=print, zuletzt geprüft am 20.03.2009.
- Thomassen, Jaques (Hrsg.) (2005a), *The European Voter. A Comparative Study of Modern Democracies*. Oxford: Oxford University Press.
- Thomassen, Jacques (2005b), *Modernization or Politics?*. in: Thomassen, Jaques (Hrsg.), *The European Voter. A Comparative Study of Modern Democracies*. Oxford: Oxford University Press, S. 254-266.
- van der Eijk, Cees/Franklin, Mark N. (2004), *Potential for Contestation on European Matters at National Elections in Europe*, in: Marks, Gary/Steenbergen, Marco R. (Hrsg.), *European Integration and Political Conflict*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 32-50.
- van der Eijk, Cees/Franklin, Mark N./Oppenhuis, Erik (1996), *The Strategic Context. Party Choice*, in: van der Eijk, Cees/Franklin, Mark N. (Hrsg.), *Choosing Europe. The European Electorate and National Politics in the Face of Union*. Ann Arbor: University of Michigan Press, S. 332-365.
- Wahlbehörde-Valmyndighet (2004), *Valsedlar – Europaparlamentsval*. Online verfügbar unter:
http://www.val.se/val/ep2004/valsedlar/from_portal/E.html,
zuletzt geprüft am 19.03.2010.
- Wessels, Bernhard/Katz, Richard S. (1999), *Introduction. European Parliament, National Parliaments, and European Integration*, in: Katz, Richard S./Wessels, Bernhard (Hrsg.), *The European Parliament, National Parliaments and European Integration*. Oxford: Oxford University Press, S. 3-18.

Anhang

Tabelle 1: Ergebnisse der Expertenbefragung durch Ray (1999: 304) für die schwedischen Parteien.

	Position on European integration				Importance of issue				Extent of internal dissent over issue			
	1984	1988	1992	1996	1984	1988	1992	1996	1984	1988	1992	1996
Sweden												
Center Party	1.86	2.00	4.86	5.00	1.71	2.00	3.43	3.14	1.43	1.71	3.29	3.57
Liberal Peoples Party	4.86	5.71	7.00	7.00	2.43	3.14	4.14	4.14	1.29	1.29	1.50	1.50
Green Ecology Party		1.20	1.00	1.00		3.25	3.86	3.57		1.00	1.14	1.14
Christian Democratic Community	2.83	2.83	6.17	6.50	2.00	2.20	3.33	3.17	1.33	1.67	2.83	2.67
Moderata Samlingspartiet	5.14	5.71	6.86	6.71	2.71	3.57	4.29	4.14	1.29	1.29	1.86	1.86
New Democracy			6.33	6.00			2.33	2.00			2.67	3.33
Social Democrats	2.14	2.29	6.00	6.14	1.86	2.29	4.00	4.00	1.57	1.86	3.57	4.00
Left Party	1.29	1.29	1.14	1.71	1.57	2.00	4.14	4.00	1.00	1.14	1.71	1.43

Abbildung 1: EU-Sympathien in Schweden von Mai 1992 bis Mai 2010, online verfügbar unter:

http://www.scb.se/Pages/TableAndChart_27403.aspx.

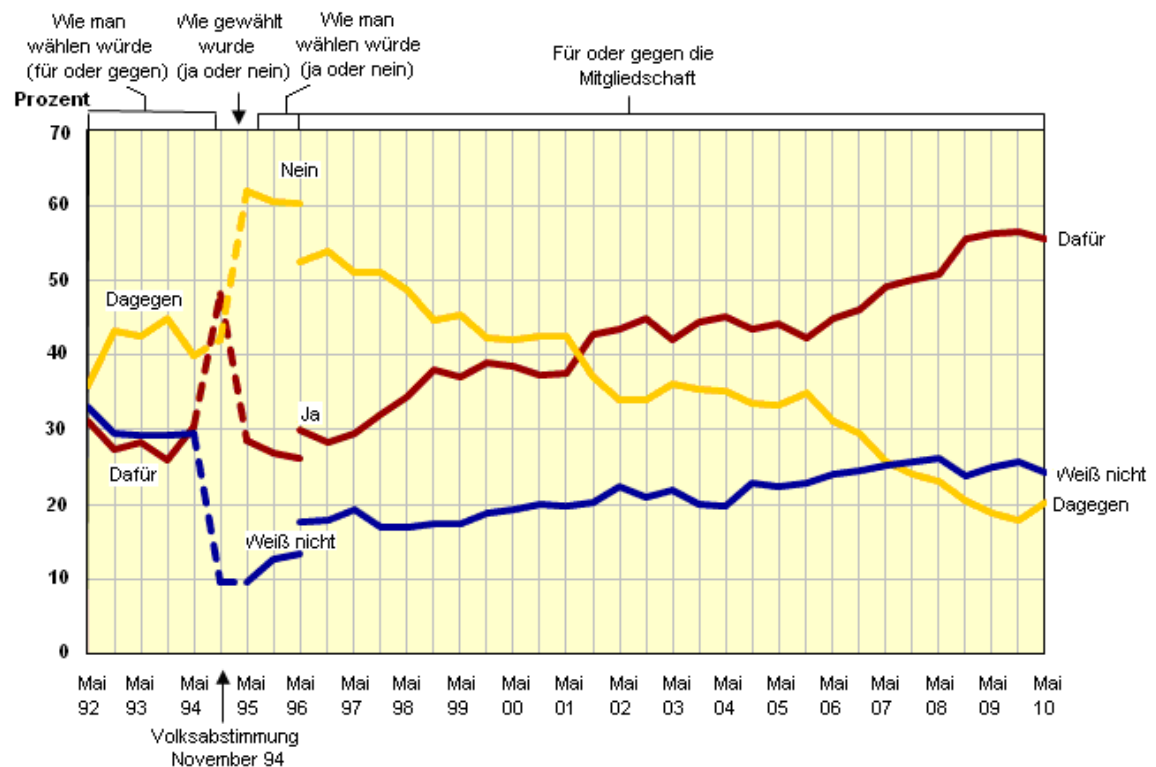


Abbildung 2: Anteil der EU-Sympathisanten nach Parteizugehörigkeit
1996-2009, online verfügbar unter:
http://www.scb.se/Statistik/ME/ME0201/2010M05B/ME0201_2010M05B_SM_ME61SM1001.pdf

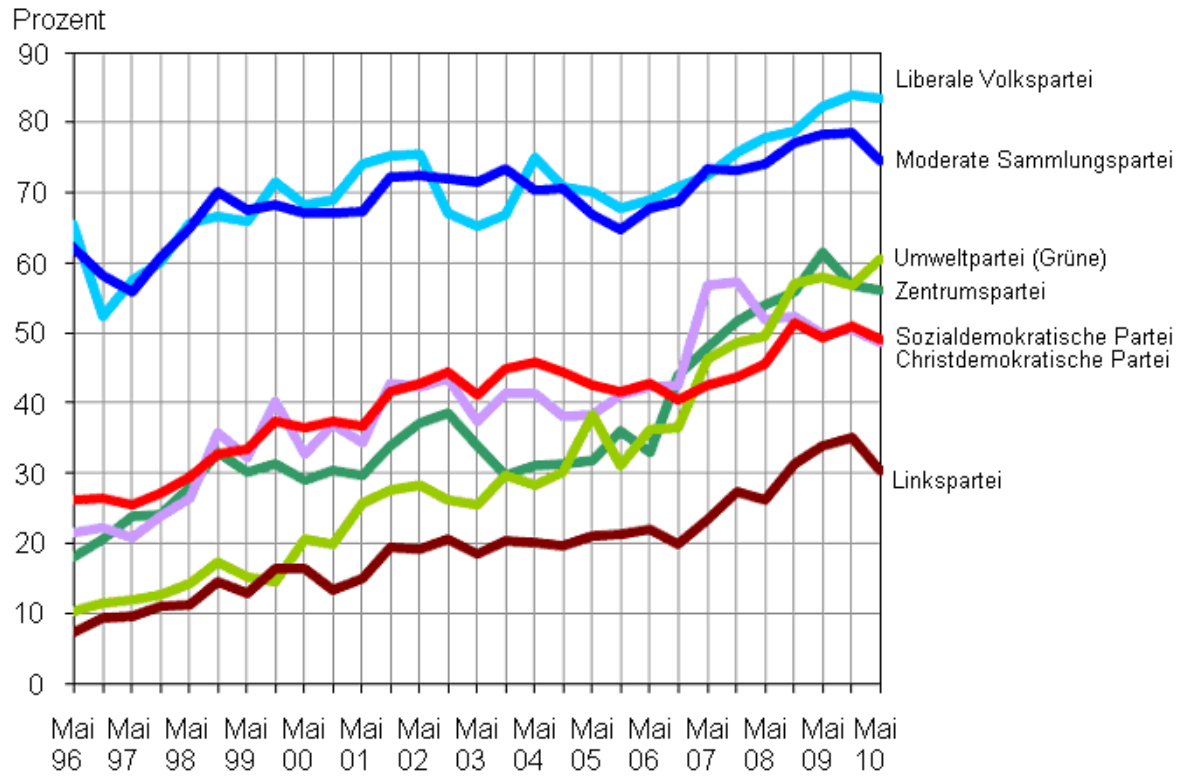



Abbildung 3: Wahlbarometer Mai-August 2010, online verfügbar unter:
<http://www.tns-sifo.se/media/289126/vb%2023-26%20aug%202010.pdf>

"Welcher Partei würden Sie bei der Reichstagswahl Ihre Stimme geben, wenn die Wahl bereits heute wäre?"



Prozent

	2010 23/8-26/8	2010 16/8-19/8	2010 09/8-12/8	2010 02/8-05/8	2010 Juni	Mai	2006 Wahl
Sozialdemokraten	30,8	30,1	31,3	30,6	30,6	34,3	35,0
Linkspartei	4,9	5,9	4,8	5,4	5,1	4,3	5,9
Umwertpartei	7,6	7,9	8,9	10	9,9	10,7	5,2
Moderate Sammlungspartei	33	32,1	30,5	32,6	32,9	30,9	26,2
Zentrumspartei	5,3	5,8	5,5	4,7	4,9	5,1	7,9
Liberale Volkspartei	6,2	7,8	6,8	6,3	6,1	6,7	7,5
Christdemokraten	5,5	5,8	5,8	5,7	4,5	3,5	6,6
Schwedendemokraten	4,6	3,7	4,5	4,1	4,3	3,5	2,9
Übrige	2	1	1,9	0,7	1,7	1,0	2,8
Gesamt	100	100	100	100	100	100	100
Anteil der Wahlberechtigten welche den Stimmzettel leer lassen oder keine Partei angeben	14,1	14,6	14,1	15,3	15,10	15,0	
Anzahl Interviews	1420	1445	1331	1194	1 906	1 917	

Die Interviews wurden vom 23.-26. August 2010 durchgeführt

Copyright © 2010 Sifo och SvD-GP-SKD